

Höpner, Martin

Working Paper

Parteilgänger und Landschaftspfleger: Eine Analyse der Parteispenden großer deutscher Unternehmen, 1984 - 2005

MPIfG Working Paper, No. 09/6

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Höpner, Martin (2009) : Parteilgänger und Landschaftspfleger: Eine Analyse der Parteispenden großer deutscher Unternehmen, 1984 - 2005, MPIfG Working Paper, No. 09/6, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41668>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



MPIfG Working Paper 09/6

Martin Höpner

Parteigänger und Landschaftspfleger

Eine Analyse der Parteispenden großer deutscher
Unternehmen, 1984–2005

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Martin Höpner

Parteigänger und Landschaftspfleger: Eine Analyse der Parteispenden großer deutscher Unternehmen, 1984–2005

MPIfG Working Paper 09/6

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

June 2009

MPIfG Working Paper

ISSN 1864-4341 (Print)

ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2009 by the author

Martin Höpner is a researcher at the Max Planck Institute for the Study of Societies.

hoepner@mpifg.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpihg.de

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Max Planck Institute for the Study of Societies

Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpihg.de

info@mpifg.de

Abstract

Notably during election campaigns, donations have become an indispensable part of party finance. The paper analyzes the most controversial part of this form of party finance: donations provided by corporate bodies. The data base comprehends all party donations given by the 100 largest German firms between 1984 and 2005. The readiness to donate, amounts of donations and their distribution among the political parties are being analyzed. Donations are likely to be higher when firms belong to the center of the network of interlocking directorates. Two donation strategies can be distinguished: Sponsorship of the political center-right and donations all over the political spectrum (the so-called landscape conservation strategy). During the observation period, the landscape conservation strategy has gained importance among firms but not among individual persons and employers' associations. While family-owned firms give comparatively few donations to the SPD, high degrees of employees' codetermination seem to decrease the likelihood of large donations to CDU/CSU and FDP.

Zusammenfassung

Für die Parteien haben sich Spenden, besonders in Wahlkampfjahren, zu einem unverzichtbaren Teil ihrer Finanzierung entwickelt. Das Papier analysiert den umstrittensten Bestandteil dieser Finanzierungsform: Spenden juristischer Personen. Die Datenbasis umfasst alle Parteispenden der 100 größten deutschen Unternehmen zwischen 1984 und 2005. Es werden die Spendenbereitschaft, die gespendeten Beträge und deren Verteilung auf die im Bundestag vertretenen Parteien analysiert. Besonders die Zugehörigkeit zum Zentrum des Personalverflechtungsnetzwerks erhöht die Wahrscheinlichkeit großer Spenden. Zwei Spendenstrategien lassen sich unterscheiden: Die gezielte Stärkung von Parteien des bürgerlichen Lagers und die flächendeckende politische Landschaftspflege. Die lagerübergreifende Verteilung von Spenden hat im Beobachtungszeitraum bei Unternehmen, nicht aber bei Privatspendern und Verbänden an Bedeutung gewonnen. Während Familienunternehmen vergleichsweise wenig an SPD und Grüne spenden, finden sich in den Daten Hinweise, dass eine starke Mitbestimmung dämpfend auf die Wahrscheinlichkeit außergewöhnlich hoher Spendensummen an CDU/CSU und FDP wirken könnte.

Inhalt

1	Parteispenden als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung	5
2	Ausgangserwartungen: Wann, an wen und wie viel spenden große deutsche Unternehmen?	10
3	Zur Aufbereitung der Datenbasis	14
4	Analyse und Ergebnisse	16
	Zur Wahrscheinlichkeit von Parteispenden	16
	Zur Höhe der Parteispenden	19
	Zur prozentualen Verteilung der Spenden auf die Parteien	22
5	Diskussion der Befunde und Ausblick	27
	Literatur	32
	Anhang: Definitionen und Quellen der Variablen	35

1 Parteispenden als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung

Rund 27,4 Millionen Euro spendeten Unternehmen und Verbände im Wahljahr 2005 an die im Bundestag vertretenen Parteien. Warum sind solche Spenden juristischer Personen eigentlich legal? Unterscheidet die Demokratie nicht gerade von der Plutokratie, dass die Übersetzung wirtschaftlicher Macht in politische Macht in ihr unerwünscht ist und deshalb institutionell so weit wie möglich unterbunden wird? Das Wahlrecht bleibt natürlichen Personen vorbehalten. Der Verdacht liegt nahe, dass juristische Personen spenden, um Verhaltensänderungen der Parteipolitiker zu bewirken. Widerspricht dies nicht dem Prinzip gleicher demokratischer Teilhabe?

In der Tat wurde das Spendenwesen als Bestandteil der deutschen Parteienfinanzierung von führenden Experten aus Politik- und Rechtswissenschaften wiederholt nachdrücklich kritisiert (K.-H. Naßmacher 1997: 166). Es wurden Deckelungen zulässiger Spendenbeträge, mitunter auch ein gänzlich Verbot von Spenden juristischer Personen vorgeschlagen (siehe beispielsweise Landfried 1990: 300–303; Lösche 1986: 91; Römmele 1995; von Arnim 1991: 205; von Beyme 2000: 132). In der „Kommission unabhängiger Sachverständiger zu Fragen der Parteienfinanzierung“, die im Jahr 2001 ihren Bericht vorlegte, versuchte der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann vergeblich, die Kommissionsmehrheit von einer moderaten Deckelung der Parteispenden zu überzeugen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in einer Serie von Entscheidungen mit Problemen der Parteienfinanzierung befasst (im Einzelnen: Ebbighausen 1996; Lovens 2000; Römmele 2000; von Alemann 1987) und wiederholt die entscheidende Funktion der Transparenz des Spendenwesens betont: Werden Großspenden publik und ziehen Verhaltensänderungen von Politikern nach sich, kann dies von einer kritischen Öffentlichkeit aufgearbeitet, gegebenenfalls juristisch geklärt und von den Wählerinnen und Wählern abgestraft werden. Ein hohes Maß an Transparenz, so das Argument, macht das Spendenwesen mit dem Demokratieprinzip vereinbar.

Der Transparenzmechanismus wirkt allerdings nicht von selbst. Er setzt eine Öffentlichkeit voraus, die sich mit der Finanzierung der Parteien durch Spenden kritisch auseinandersetzt. Und hier besteht ein Problem. §25 Abs. 3 des Parteiengesetzes schreibt die unverzügliche Offenlegung von Parteispenden lediglich für sehr hohe Spenden von mehr als 50.000 Euro vor. Unterhalb dieser Schwelle werden Spenden natürlicher oder

Dieses Papier profitierte besonders von externer Hilfe und Beratung. Am Aufbau der Parteispendedatenbank waren Fred Heinig, Praktikant am MPIfG im Jahr 2007, und Tim Müllenborn, seinerzeit studentische Hilfskraft und mittlerweile wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG, beteiligt. Für ihre professionelle Unterstützung gilt beiden mein herzlicher Dank. Zudem bin ich den Fachkollegen außerordentlich dankbar, die sich die Zeit nahmen, mich bei der Wahl der angewandten statistischen Methoden und deren Durchführung zu beraten. Besonderer Dank gilt Dr. Achim Goerres (MPIfG und Universität zu Köln) für seine unendlich geduldigen Hilfestellungen. Überdies bin ich Dr. Jürgen Sensch (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln) für seine Beratung dankbar. Das Manuskript profitierte darüber hinaus von Kommentaren von Marius Busemeyer (MPIfG), Helen Callaghan (MPIfG) und Guido Tiemann (Institut für Höhere Studien, Wien).

juristischer Personen erst nach Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte der Parteien publik.¹ So können bis zu zweieinhalb Jahre vergehen, bis der Öffentlichkeit Spenden von bis zu 50.000 Euro bekannt werden. Der Wahlkampf, auf den die Spenden zielten, liegt dann unter Umständen bereits weit zurück. Es verwundert nicht, dass die Presse sich für die Finanzierung lange schon entschiedener Wahlkämpfe nicht mehr interessiert.

Deshalb² ist die Politikwissenschaft in besonderem Maß gefordert, die in den Rechenschaftsberichten veröffentlichten Informationen systematisch auszuwerten. Die deutsche Politikwissenschaft hat einen umfangreichen Kenntnisstand zum Thema Parteienfinanzierung entwickelt. In Bezug auf das Spendenwesen geht diese Literatur bisher allerdings über die Beschreibung von Aggregatdaten sowie die Nennung exemplarischer Einzelfälle nicht hinaus. Die Identifikation von (aus Demokratiegesichtspunkten fragwürdigen) Anomalien in den Spendendaten setzt Kenntnis über die Normalzustände voraus. Hier setzt der vorliegende Beitrag an. Wie ich nachfolgend zeigen werde, weisen die Parteispenden der Unternehmen überzufällige Strukturen auf. Sie werden durch eine in dieser Form erstmals durchgeführte Analyse der Parteispenden der 100 größten deutschen Unternehmen an die im Bundestag vertretenen Parteien im Zeitraum 1984 bis 2005 offengelegt. Die Analyse orientiert sich an folgenden Leitfragen: Welche Merkmale auf Unternehmensebene determinieren die Wahrscheinlichkeit, mit der Parteispenden getätigt werden? Und erlauben unternehmensstrukturelle Merkmale Vorhersagen über die Höhe der Spendengelder sowie ihre Verteilung auf die politischen Lager?

Zur Einordnung des Forschungsgegenstands in den Gesamtzusammenhang folgen knappe Hinweise zur deutschen Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich und zum Stellenwert der Spendenfinanzierung im Zeitverlauf. In allen entwickelten Demokratien finanzieren sich die Parteien vor allem aus drei Quellen: aus Mitgliedsbeiträgen, öffentlichen Zuschüssen und Spenden. Wegen der Unterschiedlichkeit der nationalen Publizitätsstandards können die Regularien der Parteienfinanzierung unmittelbarer verglichen werden als die Parteifinancen.³ Die vom *International Institute for Democracy and Electoral Assistance* gesammelten Daten zur Regulierung der Parteienfinanzierung in demokratisch verfassten Ländern (Austin/Tjernström 2003: 185–223) lassen

-
- 1 Zudem entfällt die namentliche Nennung der Spender unterhalb der Schwelle von 10.000 Euro gänzlich.
 - 2 Einen weiteren Anstoß für die Analyse von Parteispenden juristischer Personen benenne ich kurz, ohne ihn an dieser Stelle im Detail auszuführen: die „Spielarten des Kapitalismus“-Diskussion. Mit ihr ist ein politökonomischer Forschungszweig entstanden, der den politischen Präferenzen von Unternehmen – besonders: Präferenzen hinsichtlich Institutionenbildung – einen hohen Stellenwert einräumt. Bei der Analyse solcher Präferenzen besteht die Gefahr eines Zirkelschlusses: Aus Institutionen werden Präferenzen abgeleitet, mit denen dann wiederum Institutionen erklärt werden. Die Verteilung von Spendengeldern auf politische Parteien bietet einen Ansatzpunkt, die politischen Präferenzen von Unternehmen und deren Entwicklung über die Zeit vergleichsweise unmittelbar zu beobachten.
 - 3 Zum internationalen Vergleich von Finanzausstattung und Finanzierungsmodalitäten der Parteien siehe etwa Austin/Tjernström (2003), Lösche (1992), K.-H. Naßmacher (1993, 2003), H. Naßmacher (2004).

Tabelle 1 Parteienfreundlichkeit der Regulierung von Parteispenden und der direkten und indirekten öffentlichen Parteienfinanzierung, 20 OECD-Länder, frühe 2000er-Jahre

	Spenden	Öffentliche Finanzierung
Australien	5	2
Belgien	2	2
Dänemark	6	2
Deutschland	5	4
Finnland	6	1
Frankreich	0	3
Großbritannien	4	2
Irland	3	1
Italien	4	5
Japan	3	5
Kanada	4	4
Neuseeland	6	1
Niederlande	5	3
Norwegen	6	2
Österreich	6	1
Portugal	0	4
Schweden	6	3
Schweiz	6	3
Spanien	3	4
USA	0	0

Index konstruiert aus Angaben des *International Institute for Democracy and Electoral Assistance* (Austin/Tjernström 2003: 185–223). Spenden: Index aus Addition von sechs Dummy-Variablen: (1) Abwesenheit einer gesetzlich definierten Höchstgrenze für Parteispenden; (2) Abwesenheit eines Verbots von Parteispenden aus dem Ausland; (3) Abwesenheit eines Verbots von Unternehmensspenden; (4) Abwesenheit eines Verbots von Parteispenden öffentlicher Auftragnehmer; (5) Abwesenheit eines Verbots von Parteispenden von Gewerkschaften; (6) Abwesenheit des Verbots anonymer Spenden. Öffentliche Finanzierung: Index aus Addition von fünf Dummy-Variablen: (1) Existenz direkter öffentlicher Zuschüsse an die Parteien; (2) staatlich garantierter freier Zugang zu Medien; (3) Existenz steuerlicher Privilegien für Parteien; (4) steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden; (5) Existenz sonstiger Formen indirekter staatlicher Parteienfinanzierung.

sich zu Indizes verdichten, die Aussagen darüber erlauben, inwieweit die Regularien zur Staatsfinanzierung und zur Spendenfinanzierung den Interessen der Parteien entgegenkommen.

Der internationale Vergleich führt zu folgenden Ergebnissen:

1. Es existiert keine Einzeldimension der öffentlichen Finanzierung oder Spendenfinanzierung, auf der Deutschland im internationalen Vergleich eine außergewöhnliche Stellung einnehmen würde. Jedes einzelne für Deutschland typische Strukturmerkmal findet sich auch in anderen Ländern.
2. Im internationalen Vergleich auffällig ist vielmehr die Kumulation von vergleichsweise parteienfreundlichen Regelungen: In Deutschland existieren *weder* ein Verbot von Unternehmensspenden *noch* ein Verbot von Spenden von Vertragspartnern der öffentlichen Hand *und* keine gesetzlich definierte Höchstgrenze von Spenden *und* Steuererleichterungen für Beitragszahler *und* ein rechtlich kodifizierter freier Zugang der Parteien zu den Medien usw.

3. Die Indizes der Parteienfreundlichkeit der Spendenregulierung und der Regulierung der öffentlichen Finanzierung sind untereinander praktisch unkorreliert ($r = -0,12$, $p = 0,611$, $n = 20$)⁴. Deutschland zählt neben Schweden, der Schweiz und den Niederlanden zu den vier Ländern, die auf beiden Dimensionen oberhalb des Medians rangieren.
4. Hinsichtlich der Spendenregeln fällt ein aus der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung bekanntes Muster auf: Besonders die Länder mit ausgeprägtem Interessengruppenpluralismus sind durch vergleichsweise restriktive Regularien geprägt. Wenige Hürden gegen die Finanzierung der Parteien durch Spenden aus der Wirtschaft finden sich hingegen in Ländern, in denen Unternehmen besonders stark in Verbänden und Unternehmensnetzwerken organisiert sind, und wo deren Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und mit dem Staat besonders institutionalisiert ist. So korreliert der Index der Parteienfreundlichkeit der Spendenregulierung mit Siaroffs Index des Interessenpluralismus mit $r = -0,56$ ($p = 0,010$, $n = 20$), mit Höpners Index des organisierten Kapitalismus mit $r = 0,59$ ($p = 0,006$, $n = 20$).⁵

Die relative Bedeutung der Spendenfinanzierung variiert in Deutschland sowohl zwischen den Parteien als auch über die Zeit:

1. Die Einnahmen aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien beliefen sich im Wahljahr 2005 auf rund 450 Millionen Euro.⁶ Die Zunahme der Kosten des Parteienwesens wird mitunter dramatisiert. Berechnet man die Einnahmen der Parteien pro Kopf der Bevölkerung sowie in konstanten Preisen (Bezugsjahr: 2000), ergeben sich für die jüngere Vergangenheit sogar leicht sinkende Werte. Betrug die Kosten des Parteienwesens im Durchschnitt der Jahre 1983 bis 1985 noch 6,41 Euro pro Kopf und pro Jahr, waren es im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2005 nur noch 5,06 Euro – obwohl sich die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien in diesem Zeitraum mit der Linkspartei/PDS um eine Partei erhöht hat. Diese Angaben decken allerdings ausschließlich Finanzen ab, die direkt den Parteien zufließen. Unberücksichtigt bleiben die Einnahmen von Parlamentsfraktionen und Stiftungen ebenso wie der staatlich garantierte kostenfreie Medienzugang in Wahlkampfzeiten.⁷
2. Radikale Veränderungen der Einnahmestrukturen der Parteien hat es in den vergangenen gut zwanzig Jahren nicht gegeben. Anders als die Kartellparteien-Diskussion möglicherweise erwarten lässt (Katz/Mair 1995: 15–16), ist der relative Anteil der

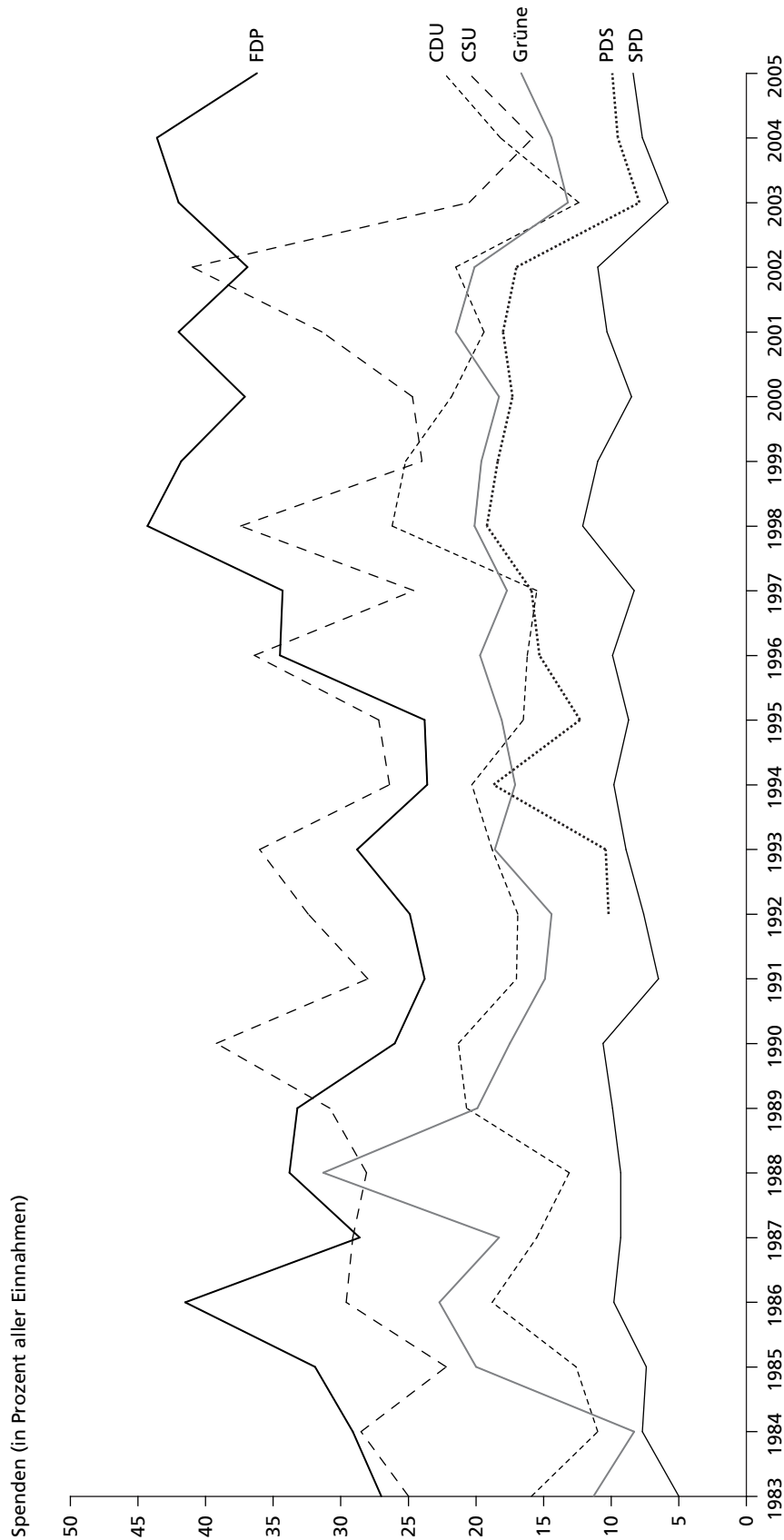
4 Angegeben werden der Pearsonsche Korrelationskoeffizient r , der p -Wert (Signifikanz) und die Fallzahl.

5 Datenquellen: Lijphart (1999: 313), Höpner (2007: 40).

6 Alle nachfolgenden Angaben beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage von Angaben aus den Rechenschaftsberichten der Parteien (diverse Jahrgänge).

7 Siehe zur öffentlichen Finanzierung der Parteistiftungen von Vieregge (1977), zur Finanzierung der Fraktionen von Arnim (1990); allgemein zur indirekten öffentlichen Parteienfinanzierung Adams (2005: 361–451).

Abbildung 1 Spenden an die im Bundestag vertretenen Parteien in Prozent aller Einnahmen, 1983–2005



Datenquelle: Geschäftsberichte der Parteien.

Staatsfinanzierung in den vergangenen gut zwanzig Jahren nicht (mehr) gewachsen. Er bewegt sich bei allen im Bundestag vertretenen Parteien zwischen 30 und 38 Prozent aller Einnahmen. Die 1994 in Kraft getretene Reform des Parteiengesetzes hat den öffentlichen Finanzfluss an die Parteien verstetigt. Der Prozentsatz an Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen variiert zwischen den Parteien hingegen stärker (FDP im Durchschnitt aller Jahre zwischen 1983 und 2005: 23 Prozent, SPD im selben Zeitraum: 48 Prozent) und liegt bei FDP und CSU durchweg niedriger als bei den anderen Parteien.

3. Abbildung 1 informiert über die Entwicklung der prozentualen Anteile der Spendenfinanzierung (natürliche und juristische Personen) an allen Einnahmen zwischen 1983 und 2005. Im Einklang mit Erwartungen und Forschungsliteratur fällt vor allem auf, dass die Spendenanteile in Wahljahren überdurchschnittlich ausfallen. Im Untersuchungszeitraum finanzierten sich die im Bundestag vertretenen Parteien zu durchschnittlich etwa 20 Prozent über Spenden. Während sich die SPD zwischen 1983 und 2005 im Durchschnitt zu etwa 9 Prozent über Spenden finanzierte, waren es bei der FDP 33 Prozent. In Wahljahren klettern die relativen Anteile der Spendenfinanzierung bei CSU und FDP auf bis zu 40 Prozent und darüber. Der höchste gemessene Wert sind 44,3 Prozent Spendenfinanzierung bei der FDP im Wahljahr 1998.

2 Ausgangserwartungen: Wann, an wen und wie viel spenden große deutsche Unternehmen?

Die nachfolgende Analyse dient der Identifikation unternehmensbezogener Determinanten von Parteispenden. Für die Formulierung der Ausgangserwartungen sind drei Unterscheidungen hilfreich. Die *erste* Unterscheidung ist die zwischen selektiven und kollektiven Anreizen, Parteispenden zu tätigen. Selektive Anreize lägen vor, würden Parteispenden direkte Gegenleistungen gegenüberstehen, die ausschließlich dem spendenden Unternehmen zugute kommen. Das wäre Korruption. Die Existenz von Korruption in freiheitlichen Demokratien ist bekanntlich ein empirischer Fakt (vergleiche die Beiträge in von Alemann 2005; von Arnim 2003), aber niemand würde behaupten, direkte Korruption sei systematische Ursache für alle in den Rechenschaftsberichten der Parteien ausgewiesenen Spenden. Gleichzeitig erschiene die Annahme weltfremd, Spenden folgten ausschließlich altruistischen Motiven der Unternehmensleitungen.⁸ Es wird davon ausgegangen, dass die Bereitschaft, einen (geringen) Teil der Wertschöpfung Parteien zur Verfügung zu stellen, auf einer Mischung unterschiedlicher – teils diffuser, teils eindeutiger angebbarer – kollektiver Anreize beruht, die als Lobbying für die Interessen unterschiedliche Unternehmenskategorien verstanden werden können. Solches

8 Vergleiche die eindrucksvolle Darstellung der historischen Entwicklung der Spendenfinanzierung im ersten Teil der Monografie von Adams (2005).

Lobbying kann auf die Anliegen „der Wirtschaft“ in ihrer Gesamtheit gerichtet sein, aber auch auf die Anliegen bestimmter Sektoren oder etwa Eigentümerkategorien (zum Beispiel Familienunternehmen).

Die Annahme kollektiver Handlungsanreize führt zu dem paradoxen Schluss, dass Parteispenden eigentlich nicht vorkommen dürften oder doch zumindest ein seltenes Ereignis sein müssten – selbst wenn man kontrafaktisch davon ausgehen würde, dass die Spender gewiss sein könnten, mit ihrem Lobbying tatsächlich die erhofften Wirkungen zu erzielen. Denn angesichts kollektiver Anreize befinden sich potenzielle Spender in dem von Olson (1968) analysierten Kollektivgut-Dilemma: Selbst wenn Spenden in kollektiver Hinsicht rational wären, wäre es für das einzelne Unternehmen rational, selbst nicht zu spenden, aber von der Spendertätigkeit der anderen Unternehmen zu profitieren. Das spieltheoretische Gleichgewicht läge somit bei allseitiger Defektion (keine Spenden). Diese Überlegung mündet in die *zweite* der hier relevanten Unterscheidungen: Die Determinanten des Spenderverhaltens sind offenbar auf zwei zu unterscheidenden logischen Ebenen angesiedelt. Es ist nicht nur zu fragen, welche Unternehmenskategorien ein besonders großes *Interesse* am Lobbying durch Spenden haben könnten, sondern auch, unter welchen Bedingungen erwartet werden kann, dass es Unternehmen gelingt, die dem Spendenwesen innewohnende *Kollektivgutproblematik* zu überwinden beziehungsweise trotz dieser Problematik zu spenden.

Zur Überwindung der Kollektivgutproblematik lassen sich drei Hypothesen formulieren. Erstens: Für Gruppen aus Mitgliedern ungleicher Größe postulierte Olson (1968: 27f.) ein Gesetz der systematischen „Ausbeutung der Großen durch die Kleinen“. Denkbar ist, dass sehr große Unternehmen eher geneigt sind, im gemeinsamen Gruppeninteresse zu handeln, während es kleineren Unternehmen eher gelingt, sich hinter dem kooperativen Verhalten der Großen zu verstecken. Zweitens: Olson legte Wert auf die Feststellung, dass kleinen Gruppen andere Möglichkeiten zur Überwindung von Kollektivgutproblemen zur Verfügung stehen als großen Gruppen, weil hier aus sozialer Interaktion resultierende, sogenannte „soziale selektive Anreize“ wirken: Tadel, Achtung und Ehre (Olson 1991: 28). Im Zentrum des Personalverflechtungsnetzwerks deutscher Großunternehmen findet sich eine kleine Gruppe sozial häufig interagierender Führungskräfte, unter denen die Wirksamkeit von sozial-selektiven Anreizen im Sinne Olsons angenommen werden kann. Mizruchi (1996) unterstellt den Zentren von Unternehmensnetzwerken deshalb eine besondere politische Handlungsfähigkeit.

Die dritte Erwartung zur Kollektivgutproblematik resultiert aus der Theorie der Managerherrschaft (Berle/Means 1932; Burnham 1941). Die Parteispenden stammen nicht aus den Salären der angestellten Führungskräfte, sondern aus der Wertschöpfung von Unternehmen, die den Managern nicht gehören. Es kann deshalb angenommen werden, dass Manager den Kosten der Überwindung des Kollektivgutproblems gelassener gegenüberstehen als die Eigentümer. Die Abwesenheit von Großeigentümern, die die Manager intensiv kontrollieren, könnte deshalb die Wahrscheinlichkeit von Parteispenden steigern. Insgesamt lauten somit die aus der Kollektivgutproblematik abgeleiteten

Erwartungen, dass Unternehmensgröße, personelle Verflochtenheit und hoher Streubesitz (also die Abwesenheit von Eigentümern großer Aktienpakete) steigend auf die Bereitschaft zu und die Höhe von Parteispenden wirken sollten.

Und welche Merkmale auf Unternehmensebene lassen ein besonders ausgeprägtes Interesse am Lobbying durch Parteispenden erwarten? Hier wird eine *dritte*, für die vorliegende Analyse besonders weitreichende Unterscheidung relevant. Mit Parteispenden können zwei grundsätzlich unterschiedliche Ziele verfolgt werden: Die gezielte Stärkung eines politischen Lagers gegenüber dem anderen und die flächendeckende politische Landschaftspflege. Unmittelbar nachvollziehbar ist, warum Unternehmen ein Interesse daran haben könnten, ein politisches Lager gegenüber dem anderen zu stärken. Das folgt aus der Parteiendifferenzlehre (Budge/Robertson 1987; Schmidt 1996, 2002), also der politikwissenschaftlichen Einsicht, dass Parteien – auch die „professionalisierten Wählerparteien“ (von Beyme 2000) der Gegenwart – sich hinsichtlich ihrer Wählerklientelen, Programme und *policies* systematisch unterscheiden. So zielt ein großer Teil der Kritik an der Parteienfinanzierung durch Spenden nicht (nur) auf die Gefahr direkter Korruption, sondern auf die Möglichkeit, dass Parteien, deren Programme besonders zahlungskräftige Kreise ansprechen, im politischen Wettbewerb dauerhaft bevorzugt werden und der politische Prozess damit systematisch verzerrt werden könnte (Landfried 1990; Römmele 2000). Weil das politische Links-Rechts-Schema im Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital wurzelt (von Beyme 2000: 74; Bauer-Kaase 2001: 235), kann allgemein von einer Bereitschaft der Unternehmen ausgegangen werden, das bürgerliche Lager gegenüber dem Mitte-Links-Spektrum zu begünstigen.

Existieren Unternehmensmerkmale, die eine besonders ausgeprägte Präferenz für die Stärkung des bürgerlichen Lagers erwarten lassen? Familienunternehmen wird häufig eine „Herr im Haus“-Mentalität unterstellt, die mit typisch sozialdemokratischen Zielen wie Mitbestimmung und rigidem Kündigungsschutz kollidiert. Diese Annahme begründet sich über die Einsicht der Managementsoziologie, dass sich angestellte Führungskräfte und Eigentümerunternehmer auf unterschiedliche Formen der Autorität stützen: Die angestellte Führungskraft auf funktionale Autorität, der Familienunternehmer, der sein Eigentum ererbt hat, hingegen auf kreditive, wertorientierte Autorität. Letztere geht mit konservativen Grundorientierungen einher (Hartmann 1968: 17–18). Deshalb könnte eine überdurchschnittlich ausgeprägte Bereitschaft zur finanziellen Stärkung des bürgerlichen Lagers bei Familienunternehmen erwartet werden.⁹ Eine besondere Affinität zu bürgerlichen Parteien ist darüber hinaus im Finanzsektor zu vermuten. Bis in die Neunzigerjahre hinein gehörten Rufe nach einer politischen Einschränkung der „Macht der Banken“ zur sozialdemokratischen Programmatik,¹⁰ bis

9 Diese Vermutung wird auch durch Ergebnisse der Umfrageforschung gestützt: In der Gunst von Selbstständigen, insbesondere Firmeninhabern, liegt die SPD regelmäßig weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt, häufig sogar unter 10 Prozent (so zum Beispiel Hoffmann-Lange 1992: 181).

10 Das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 setzte der Wirtschaftspolitik zum Ziel, „den Einfluss von Banken und Versicherungen auf Grundsatzentscheidungen der Wirtschaft

in die Achtzigerjahre hinein forderten linke Teile der SPD die Verstaatlichung des Bankwesens.

Aber nicht alle Parteispenden zielen auf die Stärkung eines politischen Lagers. Wäre das so, wären Spenden nach dem Typ „politische Landschaftspflege“ – also Spenden, die vergleichsweise symmetrisch über das Parteienspektrum verteilt werden – kontraproduktiv. Aber auch solche Parteispenden existieren. Die Ausgangsvermutung lautet, dass diese Spenden Akte versuchter Umweltstabilisierung sind und dort auftreten, wo Unternehmen in besonderem Maß von politischen Entscheidungen abhängen. Das gilt grundsätzlich natürlich für alle Wirtschaftssektoren. Gleichwohl lassen sich Branchen benennen, in denen die Politik auf besonders große Teile der Wertschöpfungs-, Distributions- und Konsumtionsketten potenziellen Zugriff hat. Man vergleiche, um sich diesen Umstand zu verdeutlichen, Hersteller von Autos und Waschmaschinen: Beide sind auf ausgebildete Facharbeiter (und deshalb: eine funktionale Regulierung der beruflichen Bildung) angewiesen, aber nur erstere benötigen für ihren wirtschaftlichen Erfolg auch eine automobilfreundliche Umwelt- und Verkehrspolitik. Eine besondere Abhängigkeit von politischen Entscheidungen kann zudem bei Unternehmen der Chemie- und Pharmabranche sowie bei allen Unternehmen, die sich ganz oder teilweise in öffentlicher Hand befinden, angenommen werden.

Außerdem sind Konstellationen denkbar, in denen Parteispenden nach dem Muster politischer Landschaftspflege nicht auf dem Bedürfnis nach Umweltstabilisierung beruhen, sondern machttressourcentheoretisch erklärt werden müssen.¹¹ Angenommen, das Management eines Unternehmens setze sich für Spenden an das bürgerliche Lager ein. In dieser Situation wäre es möglich, dass starke Betriebsräte darauf drängen, dass *auch* an das Mitte-Links-Spektrum gespendet wird. In diesem Fall würde eine starke Mitbestimmung bewirken, dass sich Spenden, die ursprünglich einmal parteipolitisch motiviert waren, durch die Mitbestimmung in Spenden nach dem Typ Landschaftspflege transformieren. Wegen Problemen mit der Datenverfügbarkeit und -qualität kann die „Mitbestimmungshypothese“ in der vorliegenden Studie allerdings lediglich „außer Konkurrenz“ geprüft werden.

zurückzudrängen“ (so formuliert im Abschnitt „Wirtschaftsdemokratie“ des Berliner Programms). Im Hamburger SPD-Grundsatzprogramm von 2007 findet sich eine entsprechende Passage nicht mehr.

11 Für diesen Hinweis danke ich Wolfgang Streeck.

3 Zur Aufbereitung der Datenbasis

In der Spendendatenbank am MPIfG wurde das Spendenverhalten einer größeren Anzahl von Unternehmen erstmals über einen längeren Zeitraum erfasst und der Analyse entlang der oben formulierten Hypothesen zugänglich gemacht.¹² Grundlage sind alle in den Rechenschaftsberichten der im Bundestag vertretenen Parteien aufgeführten Spenden oberhalb der Transparenzschwelle von 10.000 Euro zwischen 1984 und 2005. Diese Spenden wurden den jeweils 100 größten Unternehmen zugeordnet. Eine Rangfolge der 100 größten deutschen Unternehmen wird im Zweijahresrhythmus von der Monopolkommission veröffentlicht (siehe beispielsweise Monopolkommission 2006: 165–253). Größenkriterium ist die inländische Wertschöpfung (Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt). Der Vorteil dieses Kriteriums besteht darin, dass es – anders als der Umsatz – die Berücksichtigung von Finanz- und Handelsunternehmen ermöglicht. Spenden an CDU und CSU wurden separat in die Datenbank aufgenommen, für die Zwecke der vorliegenden Analyse aber zu CDU/CSU zusammengefasst. Weil an die Linkspartei/PDS aus dem Kreis der 100 größten deutschen Unternehmen im Untersuchungszeitraum keine Spenden flossen, findet sie in der vorliegenden Analyse keine Berücksichtigung.

Eine besondere Schwierigkeit besteht darin, dass einige Unternehmen zwar vergleichsweise regelmäßig, nicht aber im Jahresrhythmus spenden. Es wurde entschieden, solche Ausprägungen nicht als ständig wechselnde Spendenstrategien, sondern als Ausdruck ein- und desselben Spendenvorgangs zu interpretieren. Um dem Rechnung zu tragen, wurden die Spenden nicht Jahr für Jahr untersucht, sondern zu sechs Zeiträumen zusammengefasst, die in etwa den Legislaturperioden entsprechen. Weil die Angaben in den Rechenschaftsberichten keine zeitlich präzisen Zuordnungen erlauben, wurde wie folgt vorgegangen: Jeder der betrachteten Zeiträume beginnt mit einem Jahr, das auf ein Wahljahr folgte, und endet mit dem darauf folgenden Wahljahr. Das führt zur Unterscheidung der in etwa den Legislaturperioden 10 bis 15 entsprechenden Zeiträume 1984 bis 1987, 1988 bis 1990, 1991 bis 1994, 1995 bis 1998, 1999 bis 2002 und 2003 bis 2005. Die Zahl der Beobachtungspunkte reduziert sich durch diese Verdichtung von 2.200 (22 Jahre mal 100 Unternehmen) auf 600 (sechs Zeiträume mal 100 Unternehmen). Sie werden als unterschiedliche Ausprägungen unternehmensbasierter Spendenstrategien interpretiert.¹³ Ein Beobachtungspunkt liefert Angaben darüber, ob, wie viel

12 Die Ergebnisse der Auswertung werden hier erstmals vorgestellt. Eine explorative Analyse, die sich ausschließlich auf die Spenden im Wahljahr 2002 bezog, ist im Literaturverzeichnis unter Höpner (2006) aufgeführt. – Die Ergebnisse der Datenanalyse wurden mit ehemaligen Bundesschatzmeistern von im Bundestag vertretenen Parteien diskutiert und auf diese Weise zusätzlich auf ihre Plausibilität getestet. Ehemalige Schatzmeister von CDU, FDP und den Grünen konnten für entsprechende Gespräche gewonnen werden. Zudem konnten die Ergebnisse mit dem ehemaligen Finanzvorstand eines großen deutschen Automobilunternehmens (ein aktives Spenderunternehmen) diskutiert werden. Es wurde Anonymität vereinbart.

13 Beispiel: Spendete ein Unternehmen in den Jahren 1999 und 2001 jeweils 50.000 Euro an die CDU und tätigte in den Jahren 2000 und 2002 keine Spenden, wird es in dem hier analysierten Datensatz ebenso behandelt wie ein Unternehmen, das in allen vier Jahren zwischen 1999 und 2002 jeweils 25.000 Euro an die CDU spendete.

und an welche Parteien gespendet wurde. Die 600 Beobachtungspunkte entfallen auf insgesamt 184 unterschiedliche Unternehmen (zum Mehrebenencharakter der Datenbasis siehe unten). 125 der 600 Beobachtungspunkte sind Spendenfälle (20,8 Prozent), in den anderen 475 Fällen (79,2 Prozent) wurden keine Parteispenden getätigt.

Der Datensatz enthält zudem für alle Beobachtungspunkte Angaben über Strukturmerkmale der Unternehmen, die dem Test der oben formulierten Hypothesen über die Determinanten des Spendenverhaltens dienen. Neben der inländischen Wertschöpfung und der Branchenzugehörigkeit ist insbesondere die Eigentümerstruktur der Unternehmen von Interesse. Erfasst wurden die prozentualen Anteile an Eigentumstiteln, die von öffentlichen Gebietskörperschaften, von anderen Unternehmen aus dem Kreis der 100 Größten (Kapitalverflechtungen), von ausländischen Unternehmen, von Einzel- beziehungsweise Familieneigentümern und von Streubesitzanlegern gehalten wurden. Überdies liegen Informationen über die Personalverflechtung zwischen den Unternehmen vor. Die Anzahl an Unternehmen aus dem Kreis der 100 Größten, in deren Aufsichtsorgane das betreffende Unternehmen Vorstandsmitglieder entsandt hat, ist ein Maß für die aktive Personalverflechtung. Hingegen deutet die Anzahl an Aufsichtsratsmitgliedern des jeweiligen Unternehmens, die aus den Vorständen anderer Großunternehmen aus dem Kreis der 100 Größten stammen, auf das Ausmaß an passiver Personalverflechtung. Alle genannten Informationen stammen aus den Hauptgutachten der Monopolkommission und sind für alle 600 Beobachtungspunkte verfügbar.

Um die oben formulierte Mitbestimmungshypothese auf Plausibilität zu prüfen, wird in zwei Teilschritten der vorliegenden Analyse außerdem auf einen Versuch zurückgegriffen, das Ausmaß an Arbeitnehmermitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane in einem unternehmensvergleichenden Index zu erfassen (Zugehör 2003: 117–129 und 228; nähere Angaben zur Konstruktionsweise des Index im Anhang dieser Studie). Allerdings kann lediglich 257 der 600 Beobachtungspunkte ein Wert des Zugehör-Indexes zugeordnet werden (42,8 Prozent), 61 davon sind Spendenfälle (48,8 Prozent aller Spendenfälle).¹⁴

14 Derzeit wird am MPIfG vom Autor sowie Tim Müllenborn ein Mitbestimmungsindex (Mitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane) für die 100 größten deutschen Unternehmen konstruiert (Stichjahr: 2009).

4 Analyse und Ergebnisse

Zur Wahrscheinlichkeit von Parteispenden

In einem ersten Schritt untersuche ich die Bereitschaft zu Parteispenden unabhängig von deren Höhe und deren Verteilung auf die Parteien. Zu diesem Zweck wurde den 125 Spendenfällen unter den 600 Beobachtungspunkten der Wert 1, den verbliebenen Fällen der Wert 0 zugeordnet. Die logistische Regression gibt Aufschluss über die statistische Wahrscheinlichkeit, mit der – in Abhängigkeit von den erklärenden Variablen – das Ereignis einer Parteispende eintritt (Tabelle 2). Es wird ein Mehrebenenmodell geschätzt, das der Tatsache Rechnung trägt, dass sich viele Unternehmen in mehr als einem der unterschiedlichen Zeiträume unter den 100 größten deutschen Unternehmen befanden. Aus dem Panelcharakter des untersuchten Samples ist die Erwartung abzuleiten, dass sich die Ausprägungen der Variablen innerhalb der unterschiedlichen Gruppen¹⁵ überzufällig ähnlich sind und die Annahme der Unabhängigkeit der Beobachtungspunkte voneinander damit systematisch verletzt wird (siehe zur Einführung in die Mehrebenenanalyse Langer 2004; zur Mehrebenenanalyse mit dichotomen abhängigen Variablen Goldstein 2003: 95–126).¹⁶

Der Anschaulichkeit halber wurden Sektoren-Dummies aus dem Modell entfernt, denen weder ein statistischer Erklärungswert noch eine besondere Bedeutung für die inhaltliche Interpretation zukommt. Weil die Regressionskoeffizienten des logistischen Modells nicht unmittelbar interpretiert werden können, informiert die Tabelle 2 darüber hinaus über die Differenzen zwischen den geschätzten Wahrscheinlichkeiten, die sich ergeben, wenn man das Minimum und das Maximum der jeweiligen unabhängigen Variable (unter statistischer Kontrolle für die anderen unabhängigen Variablen) zugrunde legt (Impacts). Dieser Wert kann als – über die unabhängigen Variablen hinweg unmittelbar vergleichbares – Maß für den relativen Einfluss der jeweiligen Variablen interpretiert werden.¹⁷ Weil die erhobenen Daten nicht den Charakter einer Zufallsstich-

15 Jedes der 184 vertretenen Unternehmen konstituiert eine Gruppe. Auf jedes Unternehmen entfallen zwischen einem und sechs Beobachtungspunkte (im Durchschnitt: 3,3).

16 Die Notwendigkeit einer Mehrebenenanalyse ergibt sich im vorliegenden Fall nicht aus der theoretischen Modellbildung, sondern aus der Besonderheit der Datenstruktur (Panel). Der hoch signifikante chibar2-Wert von 14,72 deutet darauf hin, dass der Verdacht überzufällig ähnlicher Beobachtungen innerhalb der 184 Gruppen (Unternehmen in verschiedenen Zeiträumen) begründet ist und die einfache logistische Regression deshalb zu fehlerhaften Resultaten geführt hätte (verzerrter Alpha-Fehler). Die Mehrebenenanalyse hat im Vergleich zur Anwendung einer einfachen logistischen Regression somit die Funktion des härteren, der Datenstruktur angemessenen Tests. – Eine Analyse der Kollinearitätsstruktur mittels Varianzinflationsfaktoren zeigt an, dass kein Multikollinearitätsproblem besteht, sich die unabhängigen Variablen also nicht in methodisch problematischem Ausmaß aufeinander abbilden lassen.

17 Dieses Maß für die Stärke der Einflüsse ist nicht mit der Irrtumswahrscheinlichkeit zu wechseln; vergleichsweise hohe Impacts können mit vergleichsweise niedrigen Signifikanzen einhergehen (vergleiche das Ergebnis zur aktiven Personalverflechtung).

Tabelle 2 Logistische Regression (Mehrebenenmodell)

Abhängige Variable: Tätigkeit einer Parteispende (1=ja, 0=nein)

Logistische Regression (random intercept)

Zahl der Beobachtungen: 600

Zahl der Gruppen: 184

Variable	Koeffizient	Standardfehler	p-Wert	Impact (%)
Konstante	-6,32			
Sektor				
Banken, Versicherungen	1,51**	0,63	0,02	20
Automobilbau	2,85***	0,88	0,00	53
Metall (inkl. Maschinenbau)	1,10**	0,52	0,04	13
Chemie und Pharma	1,10	0,70	0,12	14
Bau	1,88**	0,93	0,05	31
Nahrung und Konsum	2,02**	0,88	0,02	33
(Basiskategorie: sonstige Sektoren)				
Wertschöpfung (logarithmiert)	0,41	0,28	0,14	20
Eigentümer				
Großunternehmen	0,00	0,01	0,93	1
ausländischer Besitz	-0,03***	0,01	0,00	-14
Gebietskörperschaften	-0,02**	0,01	0,04	-10
Familien, Einzelpersonen	0,01	0,01	0,18	11
Streubesitz	-0,00	0,01	0,95	-1
(Basiskategorie: sonstige Eigentümer)				
Aktive Personalverflechtung	0,08	0,06	0,16	52
Passive Personalverflechtung	-0,01	0,13	0,93	-1
11. Legislaturperiode (1987–1990)	0,35	0,49	0,48	3
12. Legislaturperiode (1991–1994)	1,14**	0,49	0,02	14
13. Legislaturperiode (1995–1998)	1,10**	0,51	0,03	13
14. Legislaturperiode (1999–2002)	1,13**	0,53	0,03	14
15. Legislaturperiode (2003–2005)	0,51	0,58	0,39	5
(Basiskategorie: 10. Legislaturperiode)				
σ_u	1,35	0,31		
Intraklassenkorrelationskoeffizient ρ	0,36	0,11		
Log likelihood = -237,32				

** bei $p < 0,05$, *** bei $p < 0,01$.

probe haben, sind die angegebenen Signifikanzen als Maße der Deutlichkeit anstelle der Irrtumswahrscheinlichkeit der Zusammenhänge zu interpretieren.¹⁸

Zunächst zu den Hypothesen, die aus der Kollektivgutproblematik abgeleitet wurden. Die Spenden der Unternehmen streuen insgesamt unsystematischer über das Sample, als auf Grundlage der Kollektivguthypothesen angenommen wurde: Für die Größenvaria-

18 Allerdings wird die Anwendung der Inferenzstatistik auf Vollerhebungen kontrovers diskutiert. Broscheid und Gschwend (2003) sprechen sich für die Anwendung von Signifikanztests bei Vollerhebungen aus, weil neben der Zufallsauswahl zahlreiche weitere Ursachen für die Stochastizität sozialwissenschaftlicher Daten existieren (zum Beispiel Messfehler) und auch diese Quellen der Unschärfe des Datenmaterials zu berücksichtigen sind. Dieser Interpretation folgend, geben Signifikanztests auch bei Vollerhebungen Auskunft über Irrtumswahrscheinlichkeiten.

ble (logarithmierte Wertschöpfung), die Variable zur Managerherrschaft (Streubesitz)¹⁹ und die Variablen zur Unternehmensverflechtung kommen keine auf dem 10-Prozent-Niveau signifikanten Ergebnisse zustande. Allerdings zeigt sich für die aktive Personalverflechtung ein bemerkenswert hoher Impact-Wert. Im Vergleich zu einem nicht aktiv verflochtenen Unternehmen liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein maximal aktiv verflochtenes Unternehmen Parteispenden tätigt, um 52 Prozent höher.²⁰ Das Maximum an aktiver Verflochtenheit besteht im untersuchten Sample aus 35 in die Kontrollgremien anderer Unternehmen entsandten Vorstandsmitgliedern (ein Vorstandsmitglied kann in mehr als einen Aufsichtsrat anderer Großunternehmen entsandt werden). Aber nur sehr wenige Unternehmen – die Unternehmen des Verflechtungszentrums des deutschen Kapitalismus – erreichen annähernd hohe Grade aktiver Verflechtung. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird sich zeigen, dass der Verflochtenheit auch für die Höhe der getätigten Spenden Erklärungswert zukommt. Ein recht hoher Impact-Wert ergibt sich zudem für die Größenvariable.

Bei den Sektoren ragt eine Ausprägung besonders hervor: Gehört ein Unternehmen dem Automobilsektor an, steigt die errechnete Wahrscheinlichkeit von Parteispenden um 52,8 Prozent. Vergleichsweise hohen Erklärungswert für die Wahrscheinlichkeit, mit der Parteispenden getätigt werden, haben auch die Zugehörigkeit zum Nahrungsmittel- und Verbrauchsgütersektor und die Zugehörigkeit zum Bausektor; des Weiteren, aber auf deutlich niedrigerem Niveau, die Zugehörigkeit zur besonders heterogenen Gruppe aus Metall-, Elektro-, Maschinen- und Anlagenbauunternehmen. Ein vergleichbar hoher Impact-Faktor ergibt sich auch für den Chemiesektor, allerdings – anders als erwartet wurde – unter (knapper) Verfehlung des 10-Prozent-Signifikanzkriteriums.

Die Präsenz ausländischer Großaktionäre verringert die Wahrscheinlichkeit von Parteispenden spürbar. Ähnliches gilt für die Präsenz öffentlicher Gebietskörperschaften im Kreis der Eigentümer. Letzteres spricht zwar für eine besonders *hohe* Abhängigkeit von politischen Entscheidungen. Gerade aus diesem Grund galten Parteispenden (teil-)

19 Im Fall des Streubesitzes überrascht dieses Ergebnis auch deshalb, weil in der bivariaten Korrelation ein hoch signifikanter Zusammenhang zwischen Streubesitz und Parteispenden angezeigt wird ($r = 0,18$, $p = 0,000$, $n = 600$). Der Befund legt nahe: Unternehmen mit überdurchschnittlichem Streubesitz sind nicht deshalb mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Parteispender, weil ihre Führungskräfte über unkontrollierte Handlungsspielräume verfügen (Hypothese zur Managerherrschaft), vielmehr sind sie mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Parteispender, weil Streubesitzunternehmen mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit aktiv verflochtene Unternehmen sind ($r = 0,44$, $p = 0,000$, $n = 600$) und über keine ausländischen Großaktionäre ($r = -0,35$, $p = 0,000$, $n = 600$) und keine öffentlichen Eigentümer ($r = -0,29$, $p = 0,000$, $n = 600$) verfügen.

20 Der Koeffizient für die bivariate Korrelation zwischen aktiver Verflochtenheit und dem Vorliegen einer Parteispende beträgt $r = 0,24$ ($p = 0,000$, $n = 600$). – Zusammenhänge zwischen Unternehmensverflechtungen und Parteispenden zeigt, für den amerikanischen Fall, auch Mizruchi (1990, 1996). Allerdings argumentiert Mizruchi anders: Er prüft, ob Verflechtungsnetzwerke intern eine gesteigerte soziale Kohäsion aufweisen, und verwendet die Gleichgerichtetheit von Parteispenden als Kohäsionsindikator.

öffentlicher Unternehmen allerdings stets als besonders fragwürdig und wurden mit der 2002 in Kraft getretenen Änderung des Parteiengesetzes verboten, wenn der in öffentlicher Hand gehaltene Aktienanteil 25 Prozent übersteigt (siehe § 25 Abs. 2 Ziffer 5 des Parteiengesetzes). Auch für den Aktienanteil in Familienbesitz wird ein positiver – wenn auch nicht signifikanter – Impact angezeigt, der in dieser Form nicht erwartet wurde. Zwar wurde vermutet, dass Familienunternehmen, wenn sie Spenden tätigen, überproportional an das bürgerliche Lager spenden. Aber eine überdurchschnittliche Spendenbereitschaft wurde aus den Vorüberlegungen nicht abgeleitet. Die Zuordnungen zu den Quasi-Legislaturperioden sind Kontrollvariablen und sollen für den Effekt kontrollieren, dass die untersuchten Zeiträume von unterschiedlicher Dauer sind. Die Ergebnisse besagen erwartungsgemäß, dass die Wahrscheinlichkeit von Parteispenden – im Vergleich zur 10. Legislaturperiode, die als Referenzkategorie fungiert – in der 12. bis 14. Legislaturperiode signifikant höher ausfiel, nicht aber in den jeweils um etwa ein Jahr kürzeren 11. und 15. Legislaturperioden.²¹

Die Ergebnisse weisen nach, dass Strukturmerkmale von Unternehmen in überzufälliger Weise Aufschluss über die Wahrscheinlichkeit geben, mit der Spenden an Parteien getätigt werden. Aus den Befunden dieses Analyseschritts lässt sich das ideale Spenderunternehmen konstruieren. Baut ein Unternehmen Autos, entsendet es seine Vorstandsmitglieder in viele Aufsichtsräte von Großunternehmen, hat es weder öffentliche noch ausländische Eigentümer und ist es überdurchschnittlich groß, ist es wahrscheinlich ein Spenderunternehmen. Aus Sicht der Parteien geht es allerdings weniger darum, die Zahl spendender Unternehmen nach oben zu treiben, wenngleich dies wünschenswert erscheint. Entscheidend ist letztlich vielmehr die Gesamthöhe der gespendeten Beträge.

Zur Höhe der Parteispenden

In den nachfolgenden Abschnitten wird die Perspektive gewechselt. Es interessieren nicht mehr die Unterschiede zwischen Nichtspendern und Spendern, sondern ausschließlich Varianzen innerhalb der 125 Spendenfälle. Die Verringerung der Fallzahl hat allerdings methodische Konsequenzen. Bei der Analyse der Spendenbereitschaft konnte die gesamte Batterie an potenziell erklärungskräftigen Variablen im Mehrebenenmodell getestet werden. Wegen der niedrigeren Zahl der Freiheitsgrade ist dies nachfolgend nicht mehr möglich. Wird als Konsequenz gleichzeitig die Zahl der unabhängigen Variablen pro Test verringert, ergibt sich ein nicht unerhebliches Problem: Einzelne Variablen erwirtschaften in einigen Regressionsgleichungen signifikante Ergebnisse, in anderen

21 Gewissermaßen „außer Konkurrenz“ wurde zudem der Frage nachgegangen, ob sich unter Verwendung des Zugehör-Indexes der Stärke der Arbeitnehmermitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane Anzeichen dafür finden, dass die Intensität der Mitbestimmung mit der Bereitschaft zu Parteispenden in systematischem Zusammenhang steht. Entsprechende Hinweise zeigen sich weder in der bivariaten Korrelation noch in der logistischen Regression.

nicht. Letztlich bleibt es in solchen Situationen dem Autor überlassen, über welche Tests er informiert und über welche er sich ausschweigt. Deshalb werde ich nachfolgend – anstelle von Regressionsmodellen mit willkürlichen Variablenkombinationen – Korrelationstabellen²² zeigen und im Text möglichst umfassend darüber informieren, ob und inwiefern die Zusammenhänge auch in der Regressionslogik halten.²³

Zunächst gilt die Aufmerksamkeit der Höhe der Parteispenden, sowohl der Gesamtspenden als auch der Spenden an die einzelnen Parteien. Die Koeffizienten in Tabelle 3 beruhen allerdings nicht auf nominalen, sondern auf doppelt bereinigten – und damit letztlich: hypothetischen – Spendenbeträgen. Erstens wurde um die Inflation bereinigt (Umrechnung in Preise von 2000). Zweitens wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass zwei der untersuchten Quasi-Legislaturperioden – die 11. und die 15. – um etwa ein Viertel kürzer waren als die anderen vier. Um annähernde Vergleichbarkeit herzustellen, wurde hilfsweise angenommen, dass die Unternehmen in den zwei verkürzten Legislaturperioden um ein Viertel mehr an die Parteien gespendet hätten, wären die Zeiträume um ein Viertel länger gewesen. Die praktische Bedeutung dieser Bereinigungen bleibt gering, weil sie die Befunde nicht nennenswert verändern.

Aus darstellungsökonomischen Gründen wurden Variablen aus Tabelle 3 entfernt, die weder signifikante Ergebnisse erwirtschaften noch hinsichtlich Erwartungen und Interpretation von hervorgehobener Relevanz sind. Zunächst zu den Wirtschaftssektoren. Automobilbauer sind nicht nur mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Spender, sie spenden auch deutlich überdurchschnittliche Beträge. Hingegen ergeben sich für die Gruppe der Metall-, Elektro-, Maschinen- und Anlagenbauunternehmen durchweg negative Korrelationskoeffizienten: Die überdurchschnittliche Spendenbereitschaft dieser Unternehmen korrespondiert mit unterdurchschnittlichen Spendenbeträgen. Die Finanzunternehmen dagegen spenden – wenn sie spenden – überdurchschnittliche Beträge. Das gilt aus Sicht aller Parteien mit Ausnahme der SPD.

Interessant sind die Ergebnisse zur Verflochtenheit der Unternehmen, zur Unternehmensgröße und zum Streubesitz. Alle drei Variablen testen Hypothesen, die aus der Kollektivgutproblematik abgeleitet wurden, die dem Spendenwesen innewohnt. Die Unternehmen des Verflechtungszentrums spenden deutlich überdurchschnittliche Beträge ($r=0,52$, $p=0,000$, $n=125$). Dieses Ergebnis hält auch in der Regression unter statistischer Kontrolle für alle anderen als signifikant ausgewiesenen Variablen, und die aktive Verflochtenheit erklärt in der multiplen Regression einen höheren Varianzanteil

22 Siehe zur Anwendung von Pearsons r bei dichotomen Variablen, die wie metrische Variablen interpretiert werden, zum Beispiel Raithel (2006: 153).

23 Eine Beibehaltung der Fallzahl von $n=600$ in diesem Analyseschritt wäre denkbar, würden nicht getätigte Parteispenden als getätigte Spenden in der Höhe von 0 Euro interpretiert. Das widerspräche allerdings dem aus theoretischen Gründen gewählten zweistufigen Modell: Ich zeige, dass für die Tätigkeit einer Parteispende andere Determinanten verantwortlich sind als für die Höhe der Spenden.

Tabelle 3 Spendenhöhen (doppelt bereinigt) und ausgewählte Strukturmerkmale der Unternehmen: Korrelationskoeffizienten

	Spenden gesamt	an die SPD	an CDU/CSU	an die Grünen	an die FDP
Sektor					
Banken und Versicherungen	0,26***	0,05	0,30***	0,15*	0,27***
Automobilbau	0,38****	0,48****	0,31****	0,11	0,34****
Metall (inkl. Maschinenbau)	-0,22**	-0,17*	-0,21**	-0,12	-0,22**
Chemie und Pharma	-0,10	-0,12	-0,07	-0,08	-0,10
Handel	-0,14	-0,11	-0,12	-0,07	-0,16*
Wertschöpfung (logarithmiert)	0,52****	0,48****	0,48****	0,27***	0,51****
Eigentümer					
Familien, Einzelpersonen	-0,16*	-0,16*	-0,17*	-0,06	-0,06
Streubesitz	0,30***	0,13	0,33****	0,16*	0,26***
Aktive Personalverflechtung	0,52****	0,21	0,60****	0,09	0,51****
Unternehmensmitbestimmung	-0,36***	-0,20	-0,36***	-0,18	-0,42***
10. Legislaturperiode (1984–86)	-0,04	-0,03	-0,04	-0,08	-0,03
11. Legislaturperiode (1987–90)	-0,02	-0,06	0,02	-0,10	-0,06
12. Legislaturperiode (1991–94)	-0,05	-0,06	-0,02	-0,12	-0,12
13. Legislaturperiode (1995–98)	-0,10	-0,11	-0,09	-0,11	-0,05
14. Legislaturperiode (1999–02)	0,03	0,01	0,02	0,08	0,07
15. Legislaturperiode (2002–05)	0,21**	0,28***	0,13	0,35****	0,21**

Angegeben wird Pearsons r .

Für die Korrelationen zwischen Unternehmensmitbestimmung und Parteispenden beträgt die Fallzahl $n=61$. Für alle anderen Korrelationen gilt: $n=125$.

* bei $p<0,100$, ** bei $p<0,050$, *** bei $p<0,010$, **** bei $p<0,001$.

Definitionen und Quellen der Variablen: siehe Anhang.

als die mit ihr positiv korrelierte Unternehmensgröße.²⁴ Dass hohe Spenden aus dem Verflechtungskern kommen, gilt allerdings zuvörderst für die bürgerlichen Parteien (an die, wie weiter unten im Detail aufgezeigt wird, der Großteil aller Parteispenden fließt). Für SPD und Grüne erklären aber die Unternehmensgröße und – im Fall der SPD – die Zugehörigkeit zum Automobilsektor die Höhe der Parteispenden besser als die aktive Verflochtenheit. Diese Ergebnisse bestätigen sich auch in der multiplen Regression. Für den Streu- und Familienbesitz ergeben sich Resultate im Einklang mit den Erwartungen. Streubesitzunternehmen spenden im direkten Unternehmensvergleich etwas höhere, Unternehmen in Familienbesitz etwas niedrigere Beträge; diese Ergebnisse erweisen sich allerdings nicht als robust, sobald für die Verflochtenheit und die Unternehmensgröße kontrolliert wird.²⁵

Bemerkenswerte Ergebnisse zeigen sich schließlich auch im Hinblick auf die Zusammenhänge zum – leider nur für 61 der 125 untersuchten Spendenfälle vorliegenden – Mitbestimmungsindex. Für die Gesamtspenden und für die beiden bürgerlichen Par-

24 $r=0,36$, $p=0,000$, $n=125$.

25 Zudem indizieren die Koeffizienten für die Legislaturperioden-Dummies für alle Parteien außer der CDU vergleichsweise hohe Spenden während der letzten beobachteten Legislaturperiode. An dieser Stelle (und nur an dieser Stelle) wird allerdings die doppelte Bereinigung der Spendenbeträge relevant: Während der 15. Legislaturperiode spendeten die Spender höhere Beträge, als es hinsichtlich der um ein Viertel kürzeren Dauer dieser Periode zu erwarten gewesen wäre. Vergleiche zu den nominalen (unbereinigten) Spendenbeträgen die Angaben in Tabelle 3.

teilen gilt, dass eine hohe Mitbestimmungsintensität mit signifikant niedrigeren Spendenbeträgen einhergeht. Diese Ergebnisse erweisen sich auch in der Regressionslogik – trotz der niedrigeren Fallzahl – als außerordentlich robust. Es ergeben sich also keine Anzeichen für die im Rahmen der Ausgangserwartungen formulierte Vermutung, dass starke Arbeitnehmervertreter überdurchschnittliche Spenden an Linksparteien durchsetzen. Dies würde eine aktive Einflussnahme der Mitbestimmungsträger voraussetzen.²⁶ Aber: Außergewöhnlich hohe Spenden an CDU und FDP, oberhalb von einer Viertelmillion Euro bis hin zur maximal vertretenen Spendenhöhe in der Größenordnung von knapp 1,8 Millionen Euro, stammen ohne Ausnahme aus der Gruppe der Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Mitbestimmungsintensität.²⁷ Dieses Ergebnis muss als Hinweis auf einen substanziellen Zusammenhang interpretiert werden. Aktive Einflussnahme der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ist nicht vonnöten, um diesen Zusammenhang herzustellen. Es genügt, dass Führungskräfte angesichts durchsetzungsfähiger Arbeitnehmervertreter in vorauseilendem Gehorsam davon absehen, mit außergewöhnlich hohen, aus der Wertschöpfung des Unternehmens finanzierten Spenden das bürgerliche politische Lager einseitig zu unterstützen. Es sei aber noch einmal betont, dass die Probleme einer befriedigenden Messung der Mitbestimmungsintensität auf Unternehmensebene noch nicht vollständig gelöst sind. Angesichts dieser Probleme ist der Zugehör-Index der derzeit beste zur Verfügung stehende Indikator.

Zur prozentualen Verteilung der Spenden auf die Parteien

Aus Perspektive der Parteien interessiert vor allem die der eigenen Parteiarbeit zur Verfügung stehende Spendenhöhe; sekundär ist zunächst, ob und wie viele Spenden andere Parteien von denselben Unternehmen erhalten.²⁸ Werden Parteispenden aber als An-

26 Die Hintergrundgespräche mit ehemaligen Schatzmeistern der Parteien bestätigen, dass Fragen der Spendenpraxis nur selten den Aufsichtsrat erreichen. Sie werden meist ausschließlich vom Vorstandsvorsitzenden entschieden (der freilich bei seiner Entscheidungsfindung übergeordnete Kräfteverhältnisse berücksichtigen muss).

27 Angaben bezogen auf Legislaturperioden, nicht auf Einzeljahre. Die Aussage bezieht sich lediglich auf die 61 Spendenfälle (von insgesamt 125), für die der Mitbestimmungsindex nach Zugehör (2003) vorliegt.

28 Theoretisch wäre denkbar, dass Parteien nicht vor allem nach der Maximierung ihrer eigenen Einnahmen, sondern nach der Maximierung von Einnahmedifferenzen gegenüber den konkurrierenden Parteien streben. Parteien würden dann auf Einnahmen verzichten, wenn sie sicher sein könnten, dass damit überdurchschnittliche Einnahmeverluste der Konkurrenzparteien einhergingen. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt besonders eindrucksvoll Wewer (1990) und wurde auch in den zu dieser Studie geführten Hintergrundgesprächen bestätigt. In der Fachdiskussion ist weitgehend unumstritten, dass in Fragen der Parteienfinanzierung tatsächlich – wie insbesondere von den Vertretern der Kartellparteienthese betont – kooperative Handlungsorientierungen der politischen Klasse dominieren (von Arnim 1991: 6; von Beyme 2000: 127–144; Katz/Mair 1995).

haltspunkte für politische Präferenzen der Unternehmen gewertet, ist nicht die Höhe der Spenden, sondern ihre Verteilung auf die politischen Lager der entscheidende Parameter.

In einem ersten Zugriff können lagerorientierte und lagerübergreifende Spenden unterschieden werden. Spenden werden als lagerorientiert gewertet, wenn mehr als 75 Prozent der Spenden an das bürgerliche Lager (die Regel) oder an das linke Lager (die Ausnahme) fließen. Wird hingegen so gespendet, dass mindestens 25 Prozent der Mittel auch dem unterlegenen Lager zufließen, wird die Spende als lagerübergreifend klassifiziert. Von den 125 beobachteten Spendenfällen sind 94 (75,2 Prozent) zu drei Vierteln oder mehr auf das bürgerliche politische Spektrum konzentriert. 74 dieser 94 gingen sogar ausschließlich an CDU/CSU und FDP. Lediglich 6 der 125 Spenden wurden gezielt zur Unterstützung des linken Lagers getätigt (4,8 Prozent). Die restlichen 25 Spenden (20,0 Prozent) waren lagerübergreifende Spenden.

Die Verteilung der Spenden kovariiert mit deren Höhe auf interessante Weise. Auf die 75,2 Prozent der auf das bürgerliche Lager zielenden Spenden entfallen 54,5 Prozent der gespendeten Beträge.²⁹ Auf die 2,8 Prozent an Spenden, die zu mindestens drei Vierteln an SPD und Grüne gerichtet waren, entfallen lediglich 1,2 Prozent der gespendeten Mittel. Dagegen machen die 20,0 Prozent an lagerübergreifenden Spenden beachtliche 40,7 Prozent der gespendeten Euros aus. Lagerübergreifende Spenden sind also deutlich höher als lagerbezogene – für SPD und Grüne ein höchst bedeutsamer Effekt. Sie profitieren von Parteispenden nicht, weil es unter den größten deutschen Unternehmen in nennenswertem Umfang Parteigänger gäbe, die sie gezielt unterstützten. Sie profitieren vielmehr davon, dass eine Reihe von Unternehmen überzufällig hohe Beträge lagerübergreifend spendet.

Betrachten wir die sechs schwerpunktmäßig dem linken Lager zugeordneten Spendenfälle genauer. Vier von ihnen stammen aus der ersten beobachteten (10.) Legislaturperiode und kommen von Salzgitter, Hochtief, der Volksfürsorge und der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG); die anderen beiden wurden in der 11. (coop) und in der 14. (Strabag) Legislaturperiode getätigt. Für Bauunternehmen sind unregelmäßig getätigte Spenden an unterschiedliche Parteien typisch, die meines Erachtens letztlich als ein Sonderfall der Spendenstrategie „Landschaftspflege“ interpretiert werden sollten.³⁰ Bei den restlichen vier Unternehmen ist der Fall anders gelagert. Salzgitter war in der Mitte der Achtzigerjahre (und ist seit der Abspaltung von Preussag – nun TUI – wieder) ein montanmitbestimmtes Unternehmen im seinerzeit noch SPD-dominierten Nordrhein-Westfalen und leistete ab der 11. Legislaturperiode keine Parteispenden mehr. Die BfG, die Volksfürsorge und coop waren herausragende Vertreter der in Gewerkschaftseigentum befindlichen Gemeinwirtschaft. Nur für diese Gruppe kann von einer systemati-

29 Angaben bereinigt um Inflation und Länge der Beobachtungsperioden.

30 Insbesondere bei den Bauunternehmen stellt sich die Frage, ob im Einzelfall nicht tatsächlich spezifische Anreize (zur gezielten Unterstützung der Akquisition großer Bauaufträge) über kollektive Anreize dominieren.

Tabelle 4 Die Verteilung der Parteispenden (über 10.000 Euro) der 100 größten Unternehmen in den sechs Beobachtungsperioden (in Prozent)

	1984–1987	1988–1990	1991–1994	1995–1998	1999–2002	2003–2005
CDU/CSU	63,8	74,6	72,1	66,0	61,3	52,1
SPD	19,3	13,0	16,6	13,2	17,4	26,4
FDP	17,0	12,4	11,3	20,4	17,6	15,8
Grüne	0,0	0,0	0,0	0,3	3,6	5,7
PDS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe ^a	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
(Summe in Euro) ^b	(2,45 Mio.)	(2,90 Mio.)	(5,23 Mio.)	(4,70 Mio.)	(8,20 Mio.)	(7,82 Mio.)

a Diskrepanzen durch Rundung.

b Nominale (unbereinigte) Beträge.

Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien, diverse Jahrgänge.

Tabelle 5 Die Verteilung der Parteispenden aller juristischen Personen in Prozent seit 1995

	1995–1998	1999–2002	2003–2005
CDU/CSU	68,0	68,3	70,9
SPD	16,7	16,6	13,2
FDP	14,6	12,1	12,9
Grüne	0,7	2,9	3,0
PDS	0,2	0,3	0,2
Summe ^a	100,0	100,0	100,0
(Summe in Euro) ^b	(56,40 Mio. Euro)	(69,61 Mio. Euro)	(52,81 Mio. Euro)

a Diskrepanzen durch Rundung.

b Nominale (unbereinigte) Beträge.

Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien, diverse Jahrgänge.

schen Strategie der Stärkung des linken Lagers durch Parteispenden gesprochen werden. Nach Krise und endgültigem Niedergang der Gemeinwirtschaft (Hassel 2003) stellten die Nachfolgeunternehmen auch ihre Spenden an die Sozialdemokratie ein. Mit anderen Worten: Seit dem Niedergang der Gemeinwirtschaft verfügt die Sozialdemokratie in der Gruppe der größten deutschen Unternehmen über keinerlei systematische Parteigänger mehr und profitiert von Parteispenden tatsächlich nur noch, wenn Spender ihre Mittel nach dem Prinzip der politischen Landschaftspflege vergeben.

Tabelle 4 informiert darüber, wie die 100 größten deutschen Unternehmen ihre Spenden in den sechs Beobachtungsperioden prozentual über die Parteienlandschaft verteilten. Diese Spenden sind eine Teilmenge der Spenden aller juristischer Personen; leider erlauben die Rechenschaftsberichte der Parteien die Abgrenzung der Spenden juristischer Personen von allen Spenden erst seit 1994 (siehe hierzu Tabelle 5). Die Verteilung der Spenden der 100 größten deutschen Unternehmen weist bemerkenswerte Unterschiede zur Verteilung der Spenden aller juristischer Personen auf. Zwar begünstigten sowohl die Gruppe aller Unternehmen und Verbände als auch die Gruppe der 100 größten Unternehmen mit ihren Spenden das bürgerliche Lager. Aber nur bei den Unternehmen folgte auf den Regierungswechsel des Jahres 1998 ein – von sehr niedrigem Niveau aus-

gehender – Trend zunehmender Spendenanteile an Sozialdemokratie und Grüne (1995 bis 1998: 15,5 Prozent; 1999 bis 2002: 20,7 Prozent; 2003 bis 2005: 32,1 Prozent).

Die Analyse hat bereits offengelegt, wie vergleichsweise hohe Spendenanteile des linken Lagers entstehen: Sie resultieren aus der relativen Bedeutung der Spenden, die dem Prinzip der Landschaftspflege folgen. 17 der 25 oben als lagerübergreifend klassifizierten – und überdurchschnittlich hohen – Spenden wurden nach dem Regierungswechsel von 1998 getätigt. Diese Spendenstrategie ist eine Eigenart großer Unternehmen und wird von Privatspendern sowie Arbeitgeberverbänden nicht nachvollzogen. Insbesondere die Spendenstrategien von Großunternehmen und Arbeitgeberverbänden haben sich seit 1998 spürbar auseinanderentwickelt.³¹ Es muss an dieser Stelle offen bleiben, ob die deutliche Zunahme parteienübergreifender Spenden der großen Unternehmen allein dem Regierungswechsel seit 1998 geschuldet ist – ob sich der auf Sozialdemokratie und Grüne entfallende Spendenanteil also wieder auf das Niveau von vor 1998 einpendelt, wenn die SPD wieder in die Opposition wechselt –, oder ob eine von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen unabhängige Aufwertung der lagerübergreifenden Spendenstrategie stattgefunden hat.

Tabelle 6 zeigt abschließend Korrelationskoeffizienten für die prozentualen Anteile, die in den 125 untersuchten Spendenfällen an die Parteien SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP flossen.³² Eine zusätzliche Spalte bezieht sich auf die Spendenanteile an das linke Lager (SPD plus Grüne) insgesamt. Weil gezielte Spenden an das Linksspektrum – wie oben gezeigt wurde – praktisch nicht vorkommen, geben die ausgewiesenen Korrelationskoeffizienten vor allem Aufschluss über die unternehmensstrukturellen Determinanten parteienübergreifender Spendenstrategien. Die Tabelle bestätigt noch einmal, dass die Automobilunternehmen nicht nur häufig und hoch, sondern auch parteienübergreifend spenden. Bauunternehmen waren nicht als häufige Spender oder durch die Höhe ihrer Spenden aufgefallen. Ihre Spenden erweisen sich aber als überzufällig häufig über die politischen Lager verteilt. Vorlieben für bürgerliche Parteien zeigen sich bei den Metall-, Elektro-, Maschinen- und Anlagenbauunternehmen (CDU/CSU), bei den Banken (FDP) und bei den Handelsunternehmen (CDU/CSU).

31 Die Parteispenden der Arbeitgeberverbände entfallen zum überwiegenden Teil auf die Verbände der Metall- und Elektroindustrie. Die Untergliederungen von Gesamtmetall verteilten ihre Parteispenden im Wahljahr 1998 wie folgt: CDU/CSU 80,2 Prozent, FDP 13,8 Prozent, SPD 6,0 Prozent, Grüne 0,0 Prozent. Im Wahljahr 2002 wurden die Spenden wie folgt verteilt: CDU/CSU 78,6 Prozent, FDP 15,3 Prozent, SPD 2,6 Prozent, Grüne 3,5 Prozent. Im Wahljahr 2005 ergab sich folgende Verteilung: CDU/CSU 84,2 Prozent, FDP 8,3 Prozent, SPD 4,5 Prozent, Grüne 3,1 Prozent. Von einer Entwicklung in Richtung parteienübergreifender Spenden kann bei den Untergliederungen von Gesamtmetall also keine Rede sein. Das ist umso bemerkenswerter, als dass ja gerade die Großunternehmen der Exportindustrie, zu denen die nach dem Prinzip der Landschaftspflege spendenden Automobilunternehmen zählen, eine dominante Stellung im Arbeitgeberverband Gesamtmetall einnehmen.

32 Die im vorigen Unterabschnitt erfolgte doppelte Bereinigung der Spendenbeträge wird in diesem Analyseschritt irrelevant, weil sie die prozentuale Verteilung der Spenden nicht tangiert.

Tabelle 6 Spendenanteile der Parteien und ausgewählte Strukturmerkmale der Unternehmen: Korrelationskoeffizienten

	Anteile an SPD plus Grüne	... an die SPD	... an CDU/ CSU	... an die Grünen	... an die FDP
Sektor					
Banken und Versicherungen	-0,03	-0,04	-0,14	0,01	0,22**
Automobilbau	0,20**	0,19**	-0,16*	0,12	0,01
Metall (inkl. Maschinenbau)	-0,05	-0,04	0,17*	-0,13	-0,18**
Chemie und Pharma	-0,13	-0,11	0,12	-0,10	-0,04
Handel	-0,04	-0,03	0,16*	-0,08	-0,17*
Bau	0,16**	0,18**	-0,06	-0,07	-0,09
Wertschöpfung (logarithmiert)	0,09	0,05	-0,12	0,27***	0,07
Eigentümer					
Großunternehmen	0,08	0,11	0,05	-0,12	-0,15*
ausländischer Einzelbesitz	0,14	0,15*	-0,04	-0,01	-0,10
Gebietskörperschaften	0,12	0,13	-0,34****	-0,02	0,34****
Familien, Einzelpersonen	-0,16*	-0,17*	0,04	0,05	0,12
Streubesitz	-0,12	-0,14	0,16*	0,06	-0,09
Aktive Personalverflechtung	-0,06	-0,07	-0,02	0,02	0,09
Passive Personalverflechtung	-0,06	-0,06	0,15*	-0,02	-0,15
Unternehmensmitbestimmung	0,06	0,05	0,16	0,07	-0,36***
10. Legislaturperiode (1984–1986)	0,24***	0,27***	-0,17*	-0,11	-0,03
11. Legislaturperiode (1987–1990)	-0,10	-0,08	0,11	-0,12	-0,05
12. Legislaturperiode (1991–1994)	-0,26***	-0,25***	0,38****	-0,15	-0,24***
13. Legislaturperiode (1995–1998)	-0,11	-0,11	-0,10	-0,05	-0,24***
14. Legislaturperiode (1999–2002)	0,13	0,11	-0,12	0,17*	0,03
15. Legislaturperiode (2002–2005)	0,16*	0,12	-0,15	0,26***	0,04

Angegeben wird Pearsons r.

Für die Korrelationen zwischen Unternehmensmitbestimmung und Parteispenden beträgt die Fallzahl n=61. Für alle anderen Korrelationen gilt: n=125.

* bei $p < 0,100$, ** bei $p < 0,050$, *** bei $p < 0,010$, **** bei $p < 0,001$.

Definitionen und Quellen der Variablen: siehe Anhang.

Im Einklang mit den Erwartungen fällt bei den Variablen zur Eigentümerstruktur besonders die Begünstigung des bürgerlichen Lagers durch die Familienunternehmen auf. Unter statistischer Kontrolle für die Sektorzugehörigkeit erweist sich dieses Ergebnis allerdings als instabil. Ein auch in der Regressionslogik robustes Ergebnis ist hingegen die überdurchschnittliche Begünstigung der Unionsparteien durch die Streubesitzunternehmen. Die Ergebnisse zu den ausländischen Aktionären und zu den (teil-) öffentlichen Unternehmen sind mit besonderer Vorsicht zu genießen, weil – wie in der Regressionsanalyse nachgewiesen wurde – gerade diese Eigenschaften die Bereitschaft, Parteispenden zu tätigen, signifikant senken. Es befinden sich deshalb nur vergleichsweise wenige dieser Unternehmen im Teilsample der 125 Spendenfälle.³³ Die Zusam-

33 Unter den 125 Spendenfällen befinden sich lediglich zwölf, bei denen sich die Unternehmen ganz oder teilweise in öffentlichem Eigentum befanden, und in lediglich fünf Fällen hielten öffentliche Gebietskörperschaften mehr als 30 Prozent der Anteile. Unter diesen fünf Fällen finden sich drei „Volltreffer“, bei denen die FDP 100 Prozent der abgegebenen Spenden in den jeweiligen Zeiträumen erhielt. Es handelt sich um die Spenden der Landesbank Baden-Württemberg (1995 bis 1998), der WestLB (1995 bis 1998) und der Deutschen Telekom (1999 bis

menhänge zwischen der zeitlichen Lage der Spenden und ihrer Verteilung an die Parteien bestätigen noch einmal die in Tabelle 4 dargestellte Entwicklung. Die Bedeutung der Landschaftspflege-Spenden nimmt gegen Ende des Untersuchungszeitraums zu; die Grünen erhalten von Großunternehmen überhaupt erst seit 1998 in nennenswertem Umfang Parteispenden.³⁴

Im vorigen Unterabschnitt wurde gezeigt, dass außergewöhnlich hohe Spenden an bürgerliche Parteien bei überdurchschnittlich stark mitbestimmten Unternehmen nicht vorkommen. Das lässt noch nicht auf überdurchschnittliche Spendenanteile an das linke Parteienspektrum schließen, denn stark mitbestimmte Unternehmen können auf Riesenspenden an CDU und FDP verzichten, ihre Spenden in moderater Höhe aber gleichwohl ausschließlich den bürgerlichen Parteien zukommen lassen. Wie Tabelle 6 zeigt, verbleibt bei der Korrelation zwischen prozentualen Spendenanteilen und Mitbestimmungsintensität auf Ebene der Leitungsorgane allein für die FDP ein signifikant von Null verschiedenes Ergebnis. Dieses erweist sich allerdings auch unter statistischer Kontrolle für andere Variablen als außerordentlich stabil: Nahezu alle Unternehmen, die die FDP in einem der sechs untersuchten Zeiträume mit mehr als 20 Prozent ihrer Spendengelder bedachten, sind unterdurchschnittlich mitbestimmt.

5 Diskussion der Befunde und Ausblick

Spenden haben sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil der deutschen Parteienfinanzierung entwickelt. In diesem Beitrag wurden die Parteispenden der 100 größten deutschen Unternehmen zwischen 1984 und 2005 analysiert. Die Entscheidung einer Unternehmensleitung, an politische Parteien zu spenden, ist höchst individueller Natur, wird von den persönlichen Einstellungen der Führungskräfte determiniert und dürfte deshalb unsystematisch über die Unternehmenslandschaft verteilt sein – so könnte man meinen. Tatsächlich aber wurde in diesem Beitrag erstmals nachgewiesen, dass die Spendentätigkeit großer deutscher Unternehmen überzufällige Strukturen aufweist. Gewiss: In den Daten findet sich eine Menge „Noise“ – aber eben auch nicht wenig „Musik“.

2002). Wegen der kleinen Anzahl an Beobachtungspunkten, auf der dieser Zusammenhang beruht, schlage ich vor, ihn nicht substanziell zu interpretieren. Im Jahr 2002 (letzte untersuchte Legislaturperiode) erfolgte mit der Reform des Parteiengesetzes das Verbot von Parteispenden teilöffentlicher Unternehmen (ab der Schwelle von 25 Prozent an Eigentumsanteilen öffentlicher Gebietskörperschaften).

- 34 Allerdings widersprechen die Parteispenden im ersten Untersuchungszeitraum (1984 bis 1987) diesem Trend. Dies erklärt sich aus den Folgen des Flick-Parteispendenskandals in den frühen Achtzigerjahren. Mehrere Unternehmen, die als Parteigänger des bürgerlichen Lagers klassifiziert werden können – so etwa Altana, BMW und die Dresdner Bank – verzichteten bis in die zweite Hälfte der Achtzigerjahre hinein darauf, Parteispenden zu tätigen. „Der Sumpf war trocken“, die Erfahrungen der damaligen Schatzmeister „traumatisch“, beschrieb ein ehemaliger Schatzmeister die Situation der frühen Achtzigerjahre im persönlichen Gespräch.

Insbesondere zwei Überlegungen leiteten die Analyse an. Erstens: Parteispenden folgen weder ausschließlich altruistischen Motiven noch ausschließlich selektiven Anreizen (Letzteres würde auf Korruption hindeuten). Vielmehr folgen Parteispenden unterschiedlichen Arten kollektiver Anreize, wobei sich zwei Motive unterscheiden lassen: die Stärkung des bürgerlichen Lagers (Parteigänger) und das Bedürfnis nach politischer Umweltstabilisierung mit der daraus resultierenden lagerübergreifenden Spendenstrategie (Landschaftspfleger). Letzteres ist insbesondere für die Automobilindustrie typisch und hat im Lauf der Zeit an Bedeutung gewonnen. Die zweite Überlegung lautete: Sind die Anreize für Parteispenden kollektiver Natur, muss geklärt werden, mithilfe welcher Mechanismen Unternehmen die Defektionsfalle kollektiven Handelns überwinden und trotz des Kollektivgutproblems spenden. Als besonders erklärungskräftig erwies sich in diesem Zusammenhang die Zugehörigkeit zum Verflechtungszentrum des deutschen Kapitalismus.

In der politikwissenschaftlichen und juristischen Literatur zur Parteienfinanzierung wurde – im Einklang mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts – wiederholt betont, dass erst die Transparenz der Parteienfinanzierung das Spendenwesen mit demokratischen Prinzipien vereinbar macht. Fragwürdige Spendenfälle können von einer kritischen Öffentlichkeit aufgearbeitet werden. Soweit die Theorie. In der Praxis steht dem Transparenzmechanismus nicht nur die erst ab der hohen Schwelle von 50.000 Euro einsetzende Ad-hoc-Publizität entgegen. Vielmehr setzt die Identifikation von Anomalien im Spendenverhalten der Marktteilnehmer systematische Kenntnis über die „normale“ Spendentätigkeit der juristischen Personen voraus. Und damit ist auch der gehobene Wirtschaftsjournalismus überfordert.

Das Problem sei anhand eines Beispiels illustriert. Wer sich anhand der im Juni 2007 veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Parteien über das Spendenwesen im Wahljahr 2005 informiert, wird an den Spenden des Automobilbauers Porsche – 265.000 Euro an die CDU, 220.000 Euro an die SPD und 80.000 Euro an die FDP – nichts Besonderes finden. Spenden vergleichbarer Größenordnung finden sich schließlich auch bei anderen Unternehmen wie DaimlerChrysler und der Deutschen Bank. Wem aber neben dem Unternehmensvergleich der langfristige Zeitvergleich zur Verfügung steht, wird feststellen, dass Porsche seine nach dem Prinzip der Landschaftspflege verteilten Spenden kurz vor dem kontrovers diskutierten Zukauf von VW-Aktien im Vergleich zum Vorjahr um den Faktor 4, im Vergleich zum Wahljahr 2002 sogar um den Faktor 9 steigerte. Volkswagen ist ein Unternehmen, an dessen Bestand die öffentliche Hand besonders interessiert ist und in dem sie traditionell eine für Privatunternehmen ungewöhnliche Stellung innehat. An dieser Stelle kann der Politikwissenschaftler den Ball an einen kritischen Wirtschaftsjournalismus weiterspielen, der den Sachverhalt aufarbeiten mag.

Die vorliegende Analyse etabliert Querverbindungen zwischen voneinander vergleichsweise weit entfernten politikwissenschaftlichen Literaturbeständen, nämlich zwischen der Literatur zur Parteienfinanzierung und der Literatur zur deutschen Spielart des Ka-

pitalismus und zur Funktionalität von Unternehmensverflechtungen im Besonderen³⁵. Unternehmensverflechtungen ermöglichen die Bearbeitung des Kollektivgutproblems politischen Handelns. Den Verbänden nicht unähnlich, agiert das Verflechtungszentrum stellvertretend für die ungleich größere deutsche Unternehmenslandschaft. Das bedeutet aber auch: Verändern sich die politischen Präferenzen im Verflechtungszentrum, hat dies Auswirkungen auf das Zusammenwirken von Wirtschaft und Politik als Ganzem.

Neben der Bedeutung des Unternehmensnetzwerks zur Überwindung des Kollektivgutproblems deuten die Ergebnisse der Analyse auf sektorale Spezifika politischer Präferenzen deutscher Unternehmen. Diese Spezifika sind, über die Analyse des Spendenwesens hinaus, von theoretischer Relevanz. Hall und Soskice (2001: 54–60) haben die These aufgestellt, dass Unternehmen in den von ihnen als „koordiniert“ klassifizierten Ländern wie Deutschland auf den von der Internationalisierung ausgehenden Wettbewerbsdruck nicht mit dem Ruf nach durchgreifender Liberalisierung, sondern mit dem verstärkten Bedürfnis nach Stabilisierung des koordinierenden institutionellen Arrangements reagieren. Diese Vermutung steht im Einklang mit der Zunahme flächendeckender Parteispenden vor allem in der für die deutsche Exportwirtschaft bedeutsamen Automobilindustrie. Aber: Dieses Ergebnis lässt sich nicht verallgemeinern. In der Finanzwirtschaft findet sich ein anderes Muster: Immer erfolgreichere Bemühungen um eine Loslösung aus politischen Vereinnahmungsversuchen und immer stärkere Orientierungen auf die internationalen Märkte, verbunden mit überdurchschnittlichen Parteispenden an das bürgerliche Lager³⁶ und – bis zum Eintritt in die derzeitige Finanzkrise – einem Lobbying zur weiteren Liberalisierung der heimischen Finanzmärkte.³⁷

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede zwischen Unternehmen und Verbänden. Trotz der starken Stellung der Automobilunternehmen im Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat der Verband die zunehmend lagerübergreifende Verteilung der Spenden nicht nachvollzogen. Hinsichtlich ihrer Spendenstrategien entwickeln sich Großunternehmen und Verbände im Metallsektor spürbar auseinander. Dem Muster des wachsenden Bedürfnisses nach politischer Umweltstabilisierung folgen die Verbände nicht. Die Verbandsführungen nutzen ihre relative Autonomie, um andere – politisch polarisierende – Akzente zu setzen. Neben den Spendendaten sprechen die Inhalte des politischen Lobbyings für diese Interpretation. In Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik propagiert die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall vollfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den Systemwechsel hin zu dem, was Hall und Soskice (2001) als liberale Marktökonomie (LME) bezeichnen. Die Auseinanderentwicklung zwischen Unternehmen und Verbänden verweist nicht nur auf die relative Handlungs-

35 Siehe neben anderen Beyer (2004), Klages (2006), Streeck (1996).

36 In diesem Fall: Überdurchschnittlich hohe und überdurchschnittlich häufig an die FDP gerichtete Spenden.

37 Als eine weitere Determinante der „polarisierenden“, asymmetrisch an das bürgerliche Lager gerichteten Spenden erwiesen sich Aktienanteile in Familienbesitz.

autonomie der Verbandsführungen, sondern ist auch mit der Beobachtung kompatibel, dass internationalisierte Großunternehmen immer öfter als eigenständige politische Akteure auftreten (Streeck/Visser 2006: 257–260).³⁸

Mit den vorliegenden Daten konnte die Frage nicht abschließend beantwortet werden, ob und in welchem Umfang die zunehmende Bedeutung der lagerübergreifenden Parteispenden allein der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie geschuldet ist. Antworten könnten sich aus der Analyse früherer Zeiträume ergeben. Allerdings sind dem Grenzen gesetzt, weil die Transparenz der Parteienfinanzierung nachlässt, je weiter man in der Geschichte der Bundesrepublik – und darüber hinaus – zurückgeht. Eine neue Erfindung ist die politische Landschaftspflege nicht, wie aus historischen Studien bekannt ist: Als Friedrich Flick in den frühen Dreißigerjahren auf eine staatliche Teilübernahme seines Unternehmens angewiesen war, verteilte er – im Wahljahr 1932 – Parteispenden an das gesamte zwischen SPD und NSDAP gelegene Parteienspektrum (Reckendrees/Priemel 2006: 89). Die Vermutung liegt nahe, dass die Intensität des Bedürfnisses nach politischer Umweltstabilisierung unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen über die Zeit variiert. Denkbar ist, dass die mit der Internationalisierung einhergehende Wettbewerbsverschärfung *High-skill*-Unternehmen der Exportwirtschaft für „politische Störungen“ verwundbarer gemacht und das Bedürfnis nach Umweltstabilisierung gesteigert hat.³⁹ Die Entwicklung der Parteispenden in der nächsten Phase einer bürgerlichen Regierungsmehrheit wird einen interessanten Testfall darstellen.

Erscheint die zukünftige Verteilung der Unternehmensspenden also offen, können aus den Ergebnissen der Analyse gleichwohl Prognosen über deren Höhe abgeleitet werden. Die Zugehörigkeit zum Verflechtungszentrum erwies sich als zentrale Determinante der aus Sicht der Parteien entscheidenden Höhe der gespendeten Beträge. Die Personalentflechtung zwischen großen deutschen Unternehmen verläuft langsamer als die seit den Neunzigerjahren abrupt erfolgende Kapitalentflechtung (Beyer 2004). Dessen unbeschadet ist die Personalverflechtung zwischen großen deutschen Unternehmen seit mindestens den frühen Achtzigerjahren rückläufig (Höpner 2003: 137). Damit schrumpfen auch die Kerne des Verflechtungsnetzwerks. Die Prognose lautet deshalb, dass die Spendenbeträge aus dem Kreis der Großunternehmen mittelfristig sinken werden.

38 Neue Hypothesen wurden in diesem Papier auch zu den Wirkungen der Unternehmensmitbestimmung generiert. Dass von der Unternehmensmitbestimmung ein lagerpolitisch mäßigender Einfluss auf die Unternehmensleitungen ausgehen könnte, ist auch angesichts der kontroversen Debatte über die Zukunft des mitbestimmten Aufsichtsrats bemerkenswert. Auch in der ungefähr in den Jahren 2002 bis 2006 geführten Auseinandersetzung über die Unternehmensmitbestimmung zeigten sich divergierende Haltungen zwischen Unternehmen und Arbeitgeberverbänden, und zwar mäßigende Stimmen aufseiten der Unternehmen, polarisierende Äußerungen aufseiten der Verbände.

39 Ein ehemaliger Schatzmeister bezeichnete dies im persönlichen Gespräch als ein wachsendes Bedürfnis nach politischer „Rückversicherung“.

Ob die Parteien diesen Effekt sehr spüren werden, ist eine andere Frage. Erstens sind die Spenden von (verflochtenen) Großunternehmen nur ein Teil der Parteispenden juristischer Personen, und Anzeichen einer nachlassenden Spendertätigkeit der Privatpersonen und der Verbände existieren nicht. Darüber hinaus wurde den Parteien in der Kartellparteien-Diskussion eine hohe Fähigkeit zugeschrieben, die auf dem Weg zur Kartellpartei (Katz/Mair 1995, 1996) beziehungsweise professionellen Wählerpartei (von Beyme 2000) anfallenden Einnahmeverluste durch steigende Staatsfinanzierung zu kompensieren. Im deutschen Fall ist allerdings zu beachten, dass ein Schwellenwert existiert, ab dem der Substitutionseffekt nicht mehr greift: In Umsetzung einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1992 wurde neben einer absoluten Obergrenze eine relative Obergrenze öffentlicher Finanzierung in § 18 Abs. 5 des Parteiengesetzes eingefügt, der zufolge die staatlichen Zuschüsse die Eigeneinnahmen der Parteien nicht überschreiten dürfen. Zwar sind Anteile öffentlicher Finanzierung, die an 50 Prozent heranreichen, bei den Parteien äußerst selten. Würde aber neben den Mitgliedsbeiträgen auch das Spendenaufkommen systematisch sinken, wäre mittel- bis langfristig denkbar, dass von der öffentlichen Parteienfinanzierung statt eines Substitutionseffektes sogar ein Verstärkungseffekt sinkender Einnahmen ausgehen könnte.

Literatur

- Adams, Karl-Heinz, 2005: *Parteienfinanzierung in Deutschland: Entwicklung der Einnahmestrukturen politischer Parteien oder eine Sittengeschichte über Parteien, Geld und Macht*. Marburg: Tectum.
- von Alemann, Ulrich, 1987: Parteienfinanzierung: Skandale, Umwege, Urteile. In: Peter Haungs/Eckhard Jesse (Hg.), *Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 210–214.
- (Hg.), 2005: *Dimensionen politischer Korruption: Beiträge zum Stand der internationalen Forschung*. PVS-Sonderheft 35. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Arnim, Hans Herbert, 1990: Verfassungsfragen der Fraktionsfinanzierung im Bundestag und in den Landesparlamenten. In: Göttrik Wewer (Hg.), *Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb: Rechtsnormen, Realanalysen, Reformvorschläge*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 134–162.
- , 1991: *Die Partei, der Abgeordnete und das Geld*. Mainz: Hase & Koehler.
- (Hg.), 2003: *Korruption: Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft*. München: Knaur.
- Austin, Reginald/Maja Tjernström (Hg.), 2003: *Funding of Political Parties and Election Campaigns*. Stockholm: International IDEA.
- Bauer-Kaase, Petra, 2001: Politische Ideologie im Wandel? Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe ‚links‘ und ‚rechts‘. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Opladen: Westdeutscher Verlag 207–243.
- Berle, Adolph A./Gardiner C. Means, 1932: *The Modern Corporation and Private Property*. New York: Macmillan.
- Beyer, Jürgen, 2004: Leaving Tradition Behind: Deutsche Bank, Allianz and the Dismantling of „Deutschland AG“. In: Michael Nollert/Hanno Scholtz/Patrick Ziltener (Hg.), *Wirtschaft in soziologischer Perspektive: Diskurs und empirische Analysen*. Münster: Lit Verlag, 177–192.
- von Beyme, Klaus, 2000: *Parteien im Wandel: Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Broscheid, Andreas/Thomas Gschwend, 2003: *Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen*. MPIfG Working Paper 03/7. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/workpap/wp03-7/wp03-7.pdf>
- Budge, Ian /David Robertson, 1987: Comparative Analysis of Post-war Election Programs: Do Parties Differ and How? In: Ian Budge/David Robertson/Derek Herl (Hg.), *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-war Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press, 388–416.
- Burnham, James, 1941: *The Managerial Revolution: What is Happening in the World*. Westport, CT: Greenwood Press.
- Ebbighausen, Rolf, 1996: *Die Kosten der Parteiendemokratie: Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hall, Peter A./David Soskice, 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism. In: Peter A. Hall/David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism: Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1–68.
- Hartmann, Heinz, 1968: *Der deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Hassel, Anke, 2003: Wer beherrschte die Gemeinwirtschaft? Unternehmenskontrolle in politischen Unternehmen. In: Wolfgang Streeck/Martin Höpner (Hg.), *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG*. Frankfurt a.M.: Campus, 93–117.
- Hoffmann-Lange, Ursula, 1992: *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Höpner, Martin, 2003: *Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland*. Frankfurt a.M.: Campus.
- , 2006: Beiträge der Unternehmen zur Parteienfinanzierung. Wer spendet an wen? Und warum? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37, 293–311.

- Höpner, Martin, 2007: *Coordination and Organization: The Two Dimensions of Nonliberal Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 07/12. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp07-12.pdf>
- Katz, Richard S./Peter Mair, 1995: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. In: *Party Politics* 1, 5–28.
- , 1996: Cadre, Catch-All or Cartel? A Rejoinder. In: *Party Politics* 2, 525–534.
- Klages, Philipp, 2006: Zwischen institutioneller Innovation und Reproduktion: Zum Wandel des deutschen Corporate-Governance-Systems in den 1990ern. In: *Berliner Journal für Soziologie* 15, 37–54.
- Landfried, Christine, 1990: *Partei Finanzen und politische Macht: Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA*. Baden-Baden: Nomos.
- Langer, Wolfgang, 2004: *Mehrebenenanalyse: Eine Einführung für Forschung und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lijphart, Arend, 1999: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Lösche, Peter, 1986: Über das Geld in der Politik. In: Christian Graf von Krockow/Peter Lösche (Hg.), *Parteien in der Krise: Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens*. München: Beck, 84–93.
- , 1992: Probleme der Partei- und Wahlkampffinanzierung in Deutschland und den Vereinigten Staaten. In: *Jahrbuch für Politik* 2, 65–88.
- Lovens, Sebastian, 2000: Stationen der Parteienfinanzierung im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31, 285–298.
- Mizruchi, Mark S., 1990: Determinants of Political Opposition among Large American Corporations. In: *Social Forces* 68, 1065–1088.
- , 1996: What do Interlocks do? An Analysis, Critique, and Assessment of Research on Interlocking Directorates. In: *Annual Review of Sociology* 22, 271–298.
- Monopolkommission, 2006: *Mehr Wettbewerb auch im Dienstleistungssektor! Hauptgutachten 2004/2005*. Baden-Baden: Nomos.
- Naßmacher, Hiltrud, 2004: Parteiensysteme und Partei Finanzen in West-Europa. In: *Zeitschrift für Politik* 51, 29–51.
- Naßmacher, Karl-Heinz, 1993: Comparing Party and Campaign Finance in Western Democracies. In: Arthur B. Gunlicks (Hg.), *Campaign and Party Finance in North America and Western Europe*. Boulder, CO: Westview Press, 233–267.
- , 1997: Parteienfinanzierung in Deutschland. In: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 157–176.
- , 2003: Party Funding in Continental Western Europe. In: Reginald Austin/Maja Tjernström (Hg.), *Funding of Political Parties and Election Campaigns*. Stockholm: International IDEA, 117–137.
- Olson, Mancur, 1968: *Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen: Mohr.
- , 1991: *Aufstieg und Niedergang von Nationen: Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit*. 2., durchgesehene Auflage. Tübingen: Mohr.
- Raithel, Jürgen, 2006: *Quantitative Forschung: Ein Praxisbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reckendrees, Alfred/Kim Priemel, 2006: Politik als produktive Kraft? Die „Gelsenberg-Affäre“ und die Krise des Flick-Konzerns (1931/32). In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2006, 63–93.
- Römmele, Andrea, 1995: *Unternehmenspenden in der Parteien- und Wahlkampffinanzierung: Die USA, Kanada, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im internationalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- , 2000: Parteipenden in der Krise? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B16, 23–29.
- Schmidt, Manfred G., 1996: When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy. In: *European Journal of Political Research* 30, 155–183.
- , 2002: The Impact of Political Parties, Constitutional Structures and Veto Players on Public Policy. In: Hans Keman (Hg.), *Comparative Democratic Politics: A Guide to Contemporary Theory and Research*. London: Sage, 166–184.

- Streeck, Wolfgang, 1996: German Capitalism: Does it Exist? Can it Survive? In: *New Political Economy* 2, 237–256.
- Streeck, Wolfgang/Jelle Visser, 2006: Conclusions: Organized Business Facing Internationalization. In: Wolfgang Streeck et al. (Hg.), *Governing Interests: Business Associations Facing Internationalization*. London: Routledge, 242–272.
- von Vieregge, Henning, 1977: *Parteistiftungen: Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Wewer, Göttrik, 1990: Unfähig zu strategischem Denken? Sozialdemokraten und staatliche Parteienfinanzierung. In: Göttrik Wewer (Hg.), *Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb: Rechtsnormen – Realanalysen – Reformvorschläge*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 256–288.
- Zugehör, Rainer, 2003: *Die Zukunft des rheinischen Kapitalismus: Unternehmen zwischen Kapitalmarkt und Mitbestimmung*. Opladen: Leske + Budrich.

Anhang: Definitionen und Quellen der Variablen

Vorliegen einer Parteispende: Dummy-Variable. 1 = Im betreffenden Zeitraum hat das Unternehmen eine Spende getätigt; 0 = Im Zeitraum hat das Unternehmen keine Spende getätigt. $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: Rechenschaftsberichte der Parteien, diverse Jahrgänge.

Nominale Spendenhöhen: Addition der Parteispenden (umgerechnet in Euro) aller in den jeweiligen Zeitraum fallenden Jahre. Es wurden fünf Variablen gebildet: Spenden an CDU/CSU; an SPD; an Grüne; an FDP; Gesamt (Spenden an alle erfassten Parteien). Für alle fünf Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: eigene Berechnungen aus Angaben in Rechenschaftsberichten der Parteien, diverse Jahrgänge.

Korrigierte Spendenhöhen: Doppelt angepasste (hypothetische) Fassung der unter „nominale Spendenhöhen“ aufgeführten Variablen. Um die Inflation wurde bereinigt, indem Preise von 2000 zugrunde gelegt wurden. Um der unterschiedlichen Länge der Beobachtungsperioden Rechnung zu tragen, wurden die Beträge der beiden nur etwa drei Jahre langen Perioden um ein Viertel erhöht. Für alle fünf Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: eigene Berechnungen aus Rechenschaftsberichten der Parteien, diverse Jahrgänge.

Prozentuale Verteilung der Spenden: Prozentuale Verteilung der nominalen Spendenbeträge auf die Parteien im jeweiligen Zeitraum. Es wurden fünf Variablen gebildet: Prozentuale Spendenanteile an CDU/CSU; an SPD; an Grüne; an FDP; an das Mitte-Links-Spektrum (SPD plus Grüne). Für alle fünf Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: eigene Berechnungen aus Rechenschaftsberichten der Parteien, diverse Jahrgänge.

Sektorenzugehörigkeit: Dummy-Variablen. 1 = Unternehmen gehört dem jeweiligen Sektor an; 0 = Unternehmen gehört dem Sektor nicht an. Es wurden Sektor-Dummies für alle Wirtschaftssektoren gebildet, die in allen sechs Unternehmenssamples mindestens dreimal vertreten waren. Die Angaben beziehen sich auf das Hauptbetätigungsfeld der Unternehmen. Es wurden neun Sektoren-Dummies gebildet: (1) Finanzunternehmen: Banken und Versicherungen; (2) Automobilbau; (3) Metall: Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Metallverarbeitung; (4) Chemie und Pharma; (5) Energie und Versorgung; (6) Handel; (7) Bau; (8) Nahrungs- und Konsumgüter; (9) Personentransport. Für alle neun Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Grundlagen der Klassifikation: Angaben der Monopolkommission, Internet-Recherchen.

Angaben zur Eigentümerstruktur: Prozentuale Anteile an den Eigentumstiteln der Unternehmen, die auf folgende fünf Eigentümergruppen entfielen: (1) andere Unternehmen aus dem Kreis der 100 Größten; (2) ausländischer Einzelbesitz; (3) öffentliche Gebiets-

körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden); (4) Familien, Einzelpersonen, Stiftungen; (5) Streubesitz. Für alle fünf Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: Hauptgutachten der Monopolkommission, diverse Jahrgänge.

Aktive und passive Personalverflechtung: Personelle Verflechtungen zwischen den Leistungs- und Aufsichtsorganen der 100 größten Unternehmen. Aktive Personalverflechtung: Anzahl der Aufsichtsorgane von Unternehmen aus der Gruppe der 100 Größten, in die das jeweilige Unternehmen Mitglieder des eigenen Leitungsorgans entsandt hat. Passive Personalverflechtung: Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder des jeweiligen Unternehmens, die dem Leitungsorgan eines anderen Unternehmens aus der Gruppe der 100 Größten entstammen. Für beide Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: Hauptgutachten der Monopolkommission, diverse Jahrgänge.

Legislaturperiode: Dummy-Variablen zur zeitlichen Lage des Beobachtungszeitraums. Angelehnt an Legislaturperioden (Anfangsjahr stets auf Wahljahr folgend, Endjahr darauf folgendes Wahljahr). (1) 1984–1987; (2) 1988–1990; (3) 1991–1994; (4) 1995–1998; (5) 1999–2002; (6) 2003–2005. Für alle sechs Variablen gilt: $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen).

Wertschöpfung: Inländische Wertschöpfung in Euro (Größenkriterium). $n = 600$ (die jeweils 100 größten Unternehmen in sechs Zeiträumen). Datenquelle: Hauptgutachten der Monopolkommission, diverse Jahrgänge.

Unternehmensmitbestimmung: Index der Intensität der Arbeitnehmermitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane. Der Index verdichtet Informationen zu folgenden vier Teilbereichen: (a) Existenz und Reichweite zustimmungspflichtiger Geschäfte des Aufsichtsrats bei wichtigen Weichenstellungen der Unternehmenspolitik; (b) Herkunft (interner Arbeitnehmervertreter oder externer Gewerkschaftsfunktionär) des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden; (c) Gewerkschaftszugehörigkeit des Arbeitsdirektors; (d) Existenz und Besetzung des Investitionsausschusses. Bezugsjahr: 2000. Der Zugehör-Index lag ursprünglich für 61 deutsche Großunternehmen vor. Diese Großunternehmen decken (lediglich) 257 der 600 Beobachtungspunkte des Samples ab ($n = 257$); 61 davon sind Spendenfälle. Datenquelle: Zugehör (2003: 228).

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 09/6
B. Harrington
**Trust and Estate Planning:
The Emergence of a Profession
and Its Contribution to Socio-
Economic Inequality**

DP 09/5
J. S. Ahlquist, C. Breunig
**Country Clustering in
Comparative Political Economy**

DP 09/4
H. Callaghan
**Constrain-Thy-Neighbor
Effects as a Determinant of
Transnational Interest
Group Cohesion**

DP 09/3
D. Stark, B. Vedres
**Opening Closure
Intercohesion and
Entrepreneurial Dynamics
in Business Groups**

DP 09/2
J. Beckert
**Koordination und
Verteilung: Zwei Ansätze der
Wirtschaftssoziologie**

DP 09/1
J. Beckert, N. Besedovsky
**Die Wirtschaft als Thema der
Soziologie: Zur Entwicklung
wirtschaftssoziologischer
Forschung in Deutschland
und den USA**

MPIfG Working Papers

WP 09/6
M. Höpner
**Parteigänger und Landschafts-
pfleger: Eine Analyse der
Parteispenden großer
deutscher Unternehmen,
1984–2005**

WP 09/5
C. Deutschmann
**Soziologie kapitalistischer
Dynamik**

WP 09/4
J. Beckert
**Pragmatismus und
wirtschaftliches Handeln**

WP 09/3
T. Fetzer
**Beyond Convergence
Versus Path Dependence:
The Internationalization of
Industrial Relations at Ford
Germany and Britain
(1967–1985)**

WP 09/2
P. Aspers
How Are Markets Made?

WP 09/1
F. W. Scharpf
**Legitimacy in the Multilevel
European Polity**

WP 08/7
W. Streeck
**Von der gesteuerten
Demokratie zum selbst-
steuernden Kapitalismus:
Die Sozialwissenschaften in
der Liberalisierung**

MPIfG Books

C. Trampusch
**Der erschöpfte Sozialstaat:
Transformation eines
Politikfeldes**
Campus, 2009

M. Busemeyer
**Wandel trotz Reformstau: Die
Politik der beruflichen Bildung
seit 1970**
Campus, 2009

R. Mayntz
**Sozialwissenschaftliches
Erklären: Probleme der
Theoriebildung und
Methodologie**
Campus, 2009

F. W. Scharpf
**Föderalismusreform:
Kein Ausweg aus der
Politikverflechtungsfalle?**
Campus, 2009

B. Harrington
**Deception: From Ancient
Empires to Internet Dating**
Stanford University Press, 2009

W. Streeck
**Re-Forming Capitalism:
Institutional Change in the
German Political Economy**
Oxford University Press, 2009

R. Mayntz
**Über Governance: Institutionen
und Prozesse politischer
Regelung**
Campus, 2009

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

